

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Witz“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Raumverteilung 10 Pfennig, Restbelegung 4,- Reichsmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 29. Mai 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Regierung Vandervelde in Belgien?

Vor einer sozialistisch-demokratischen Koalition.

Brüssel, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Brüsseler Oberbürgermeister Mag hat den Auftrag zur Regierungsbildung am Donnerstag zurückgegeben, nachdem ihn kein vergebliches Bemühen schon einigermaßen lächerlich gemacht hatte.

Der Versuch des belgischen Königs, die Regierungskrise dadurch zu lösen, daß er einen Führer der kleinsten Partei, nämlich den Liberalen Mag, mit der Kabinettsbildung betraute, war eine sonderbare Irrung.

Schablonenartig betrachtet ist die Regierungskrise überhaupt nicht zu lösen, ähnlich wie nach den vorletzten Unterhauswahlen in England, als keine der drei Parteien über die absolute Mehrheit verfügte und als keine die Regierung versuchte, sich mit einer anderen zu koalieren.

ralen von einer Koalition mit den Katholiken etwas wissen, weil sich diese leiden bisherigen Koalitionsparteien in der Regierung Theunis gründlich verfeindet und weil die Neuwahlen ergeben haben, daß die liberale Wählerschaft eine Koalitionspolitik mit den Katholiken nicht billigt.

Schließlich bliebe als letzte schablonenhafte Möglichkeit eine sozialistisch-kerikale Koalition, die aber daran scheitert, daß die Mehrheit der katholischen Fraktion und vor allem ihre Führung konservativ, d. h. vor allem sozial und kulturell äußerst reaktionär ist, so daß ein Zusammenarbeiten weder für die eine noch für die andere Partei erträglich ist.

Es muß nun ein Ausweg gefunden werden und den bietet die heterogene, d. h. uneinheitliche Zusammensetzung der katholischen Partei. Für uns in Deutschland ist dieser Mangel an Einheitslichkeit bei einer hauptsächlich konfessionellen Parteigruppierung um so leichter zu erfassen, als wir ja in unserem Zentrum eine ganz ähnliche Erscheinung haben, die sich bei jeder wichtigen Frage und besonders bei schwierigen Regierungskrisen bemerkbar macht.

Auf unseren eigenen Bänken sitzen 78 Männer, die wissen, was sie wollen, die die Demokratie wollen. In dieser Kammer gibt es auch 25 Mitglieder der christlich-demokratischen Vereinigung. Diese 103 Abgeordnete sind die unmittelbare Erwählten der Arbeiterklasse.

Diese Sache Vanderveldes dürfte wohl als eine programmatische Kundgebung heute noch gelten. Nachdem alle anderen Versuche so schnell und reiflos gescheitert sind, ist es mehr als wahrscheinlich, daß man zu dieser von Vandervelde angebotenen Lösung greifen wird.

Die Marokkodebatte.

Painlevé weiß jede Annexionsabsicht von sich.

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Fortsetzung der Marokkodebatte in der Kammer wurde heute mit einem tatsächlichen Wanderver der Rechten eingeleitet. Abg. Maginot, der Kriegsminister Poincarés, dessen Befehl zur Ausdehnung der militärischen Besetzung auf die Zone nördlich des Uegha Genosse Renaudel am Mittwoch für die Offensive Abd el Krims verantwortlich gemacht hatte, erklärte unter Verwahrung gegen die ihm und Marschall Lyautey gemachten Vorwürfe, die von der Linken eingebracht wurden, die Entschiedenheit als „so gemäßigt, würdig und den Interessen des Landes angemessen“, daß auch er und seine politischen Freunde keine Bedenken trügen, dafür zu stimmen.

Die sozialistische Fraktion hat erreicht, was sie wollte. Sie hat der Regierung den offiziellen Verzicht auf jede Eroberung abgerungen und durchgesetzt, daß durch sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit Abd el Krim dem unnützen Blutvergießen rasch ein Ende gemacht werden kann.

Angesichts dieses Erfolges lag für die sozialistische Partei kein Anlaß vor, durch Opposition gegen die Regierung den Bestand des Kartells unnötig aufs Spiel zu setzen.

Ministerpräsident Painlevé

aus, daß die Regierung ebenso wie Renaudel von Uegha gegen den Krieg erfüllt und angeschlossen sei, das Leben auch nicht eines französischen Soldaten in einem unnützen Abenteuer aufs Spiel zu setzen. Es handelte sich in Marokko weder um einen Eroberungskrieg noch um den Versuch einer kolonialen Ausdehnung.

reichs. Der Friede könne erst wieder hergestellt werden, wenn dem Angreifer zum Bewußtsein gebracht sei, daß Frankreich jene Stämme, deren Protektorat es übernommen habe, zu schützen in der Lage sei. Jede andere Politik würde unweigerlich den Verlust von Marokko und Ägier zur Folge haben.

Kriegsberichte.

Langer, 28. Mai. (Havas.) Abd el Krim übt auf die Stämme der Westzone einen Druck aus, damit sie Truppenkontingente für die Front von Uegha stellen. Es werden feindliche Truppenansammlungen in der Gegend von Har el Kebir gemeldet.

Der Korrespondent der „Chicago Tribune“ in Langer will erfahren haben, daß Frankreich und Spanien im Begriff ständen, Friedensanerbieten zu machen und den Anhängern Abd el Krims das Recht zuzugestehen, in der französischen und der spanischen Zone ohne Zollformalitäten Handel zu treiben.

Bayernsieg im Reichsrat.

Einpruch gegen das Gesetz über die Volksgerichte.

Der von den Sozialdemokraten beantragte Gesetzentwurf, der gegen die Urteile der bayerischen Volksgerichte eine Wiederaufnahme des Verfahrens ermöglicht, ist am 25. Mai im Reichstag mit 148 gegen 126 Stimmen angenommen worden.

Der bayerische Antrag war im Ausschuss des Reichsrats mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen worden, unter welchen letzteren sich auch die Stimme Preussens befand. Der Vorwurf, auch im Plenum eine förmliche Abstimmung stattfinden zu lassen, fand — das ist bei der eigenartigen Geschäftsordnung des Reichsrats möglich — in der gestrigen Sitzung keine Mehrheit und somit keine Erfüllung.

In einem offiziellen Bericht über diese Vorgänge heißt es: In den Ausschüssen hatte die Mehrheit verfassungsrechtliche Bedenken und konnte außerdem nach Aufhebung der Volksgerichte ein hinreichendes praktisches Bedürfnis zur Wiederaufnahme des Verfahrens nicht mehr anerkennen.

Das verfassungsmäßige Recht der Reichsgesetzgebung, ein Gesetz wie das vom Reichstag angenommene, zu erlassen, kann ernstlich gar nicht bestritten werden.

Richtig ist, daß die bayerischen Volksgerichte, wie Gen. Saenger im Reichstag überzeugend nachgewiesen hat, jahrelang fortgeführt wurden, ohne daß für sie gesetzliche Grundlagen vorhanden waren.

Ein praktisches Bedürfnis zur Einführung der Wiederaufnahme des Verfahrens soll nicht vorhanden sein. Aber es sitzen auf Grund von volksergerichtlichen Urteilen 2000 Menschen in den Gefängnissen und Zuchthäusern Bayerns.

Reiht als einziger militärischer Grund die politische Rücksicht auf Bayern, das den Gesetzentwurf als einen Eingriff in seine Justizhoheit empfinde. Vor dieser partikuläristischen Empfindsamkeit ist der Reichsrat zurückgewichen.

Wie der Streitfall beurteilt werden muß, wenn man ihn ohne politische Nebenabsichten rein rechtlich betrachtet, das hat der angegebene Rechtslehrer im Lager der Rechten, hat der Prof. Dr. Kahl im Reichstag gezeigt, indem er im Namen eines Teils seiner volksparteilichen Fraktionskollegen ausführte:

Das Reich ist zweifellos zuständig, diese Materie des Strafverfahrens zu regeln; es ist kein Eingriff in die Justizhoheit Bayerns. Es sind nicht politische, sondern reine Rechtsgründe, die mich bestimmen, für dieses Gesetz zu stimmen.

Der Gegensatz zwischen Recht und sogenannter „Politik“, wie er in diesem Fall kraft in Erscheinung tritt, kann gar nicht schärfer gekennzeichnet werden, als es durch den volksparteilichen Abgeordneten Prof. Dr. Kahl geschehen ist. Läßt man das Recht, das Recht allein, sprechen, dann kommt man von selbst zur Annahme des von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beantragten Gesetzentwurfs.

Hier ist es die sogenannte „Politik“, die das Recht vernichtet. Aber, was ist das für eine Politik?

Eine Politik, die das Recht vernichtet, ist zweifellos die schlechteste Politik, die sich denken läßt.

Bayern hätte eigentlich froh sein dürfen, daß ihm durch den Beschluß des Reichstags aus dem Fehlerkreis der Volksgerichtsbarteit herausgeholfen wurde. Aber, daß das Reich diese Hilfe leistete, war für den bayerischen Partikularstolz unerträglich. Und dann war es ja die verfeimte, verhasste Sozialdemokratie, die den Ausweg gezeigt hatte — das machte die Sache für die weißblauen Herrschaften erst recht fürchterlich.

Damit aus der Krone der kgl. bayerischen Rechtsregierung kein Stein herausfalle, darum soll eine unbestimmt große Zahl von Unschuldigen weiter sitzen! Das ist Politik, Politik gegen das Recht!

Wie werden sich die Dinge nun weiter entwickeln? Der Artikel 74 der Reichsverfassung bestimmt: Gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze steht dem Reichsrat der Einspruch zu.

Der Einspruch muß innerhalb zweier Wochen nach der Schlußabstimmung im Reichstag bei der Reichsregierung eingebracht und spätestens binnen zwei weiteren Wochen mit Gründen versehen werden. Im Falle des Einspruches wird das Gesetz dem Reichstag zur nochmaligen Beschlussfassung vorgelegt. Kommt hierbei keine Übereinstimmung zwischen Reichstag und Reichsrat zustande, so kann der Reichspräsident binnen drei Monaten über den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit einen Volksentscheid anordnen. Nach der Präsident von diesem Rechte keinen Gebrauch, so gilt das Gesetz als nicht zustande gekommen. Hat der Reichstag mit Zweidrittelmehrheit entgegen dem Einspruch des Reichsrats beschlossen, so hat der Präsident das Gesetz binnen drei Monaten in der vom Reichstag beschlossenen Fassung zu verkünden oder einen Volksentscheid anzuordnen.

Praktisch gibt es also — da der Reichspräsident eine Volksabstimmung über diese Frage zweifellos nicht anordnen wird — nur zwei Möglichkeiten: die Herbeiführung einer Übereinstimmung zwischen Reichstag und Reichsrat oder die Annahme des Entwurfs durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags. Ein einfaches Nichtzustandekommen des Gesetzes scheint uns dagegen unmöglich, denn damit würde keine Beruhigung eintreten; der Kampf ums Recht würde dann zweifellos weitergehen.

Will man ihn zum Abschluß bringen, so muß entweder auf irgendeinem noch nicht sichtbaren Wege eine Übereinstimmung herbeigeführt werden, die dem Recht Genüge tut oder es muß im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit aufgebracht werden, was nur möglich ist, wenn die öffentliche Meinung gründlich aufgerüttelt wird.

Die Sozialdemokratische Fraktion wird den Kampf ums Recht weiterführen. Die Sieger von gestern werden ihres Sieges nicht froh werden!

Die verkaufte Verantwortung.

Vom Dames-Plan zum deutsch-spanischen Handelsvertrag

Am 29. August 1924 verhandelten die Deutschnationalen 50 Proz. ihrer Fraktion. Herr Hergt verkaufte politische Verantwortung und Stimmen für Ministerische. Die Ministerische haben die Deutschnationalen einflussiert. Am 27. Mai 1925 haben die Deutschnationalen die Mehrheit ihrer Fraktion verhandelt. Diesmal soll der Preis für die Uebernahme der Verantwortung für den deutsch-spanischen Handelsvertrag der Agrarstützung sein. Die Einkassierung dieses Kaufpreises für ihre Verantwortung wird freilich den Deutschnationalen nicht leicht werden.

In der Form und in der Sache ist der Handel von heute dem Handel von damals gleich. Es hat nur eine kleine Verschiebung der handelnden Personen stattgefunden. Auf der Seite der Regierung handelte heute wie damals Herr Stresemann, auf der Seite der Deutschnationalen jedoch — nicht Herr Hergt. Die „Zeit“ schreibt:

„Es hat bei den Deutschnationalen gewiß Heißsporne gegeben, die auch vor einem Konflikt mit der Regierung nicht zurückgeschreckt wären, und diese Heißsporne haben diesmal nicht nur im Lager der politischen Diebards, sondern auch bei Graf Westarp seine Zusage, daß eine Mehrheit der Fraktion für den Vertrag stimmen würde, wahrzumachen vermocht, und es hat sich somit auch bei dieser Frage gezeigt, daß die Deutschnationalen sehr wohl sich bewußt sind, welche politische Verantwortlichkeit die Teilnahme an der Regierung mit sich bringt.“

Damals verhandelte Herr Hergt Stimmen und Seelen, und Herr Westarp gehörte zu jenen, die als unentwegt grundsätzfest konservative Männer von der Verantwortung abtrüden. Heute ist der Herr Graf Westarp selbst unter die Händler gegangen, und verkauft Verantwortung gegen Brotzölle. Vom Dames-Plan zum deutsch-spanischen Handelsvertrag, von Hergt zu Westarp, das ist, wir wollen nicht sagen, eine Entwicklung zur Verantwortung, aber eine Entwicklung zum politischen Schachergeist, der Seelen und Grundstücke gegen klingende Münze verhandelt.

Heute wie damals aber meldet sich einer, dessen Aufgabe es ist, die Umfälle der deutschnationalen Reichstagsfraktion zu preisen. Das ist Herr Paul Baedeker in der „Deutschen Tageszeitung“, dessen Rolle beim Dames-Umfall noch nicht vergessen ist. Er hat einen echten und rechten Dreh erfunden, um den neuen Umfall zu beschönigen. Er unterstellt der Regierung, sie habe nicht aus sachlichen Gründen auf die Annahme des deutsch-spanischen Handelsvertrages gedrängt, sondern aus formellen Gründen. Nicht, weil sie diesen Handelsvertrag für eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit gehalten habe, sondern nur, weil sie formell durch den bisherigen Gang der Verhandlungen gebunden gewesen sei. Ein echter Dreh, den sonst die deutschnationalen Presse jüdisch nennen würde.

Nur hat Herr Stresemann über die sachliche Notwendigkeit dieses Vertrages zu viel gesagt, und eben erst wieder in der „Zeit“ schreiben lassen, als daß dieser Dreh Eindruck machen könnte. Wenn Herr Stresemann diese neueste Entschuldigungsleistung seiner gewohnten Handelspartner liest, wird er, und mit ihm die Deffentlichkeit, sie vermutlich zu — spanisch finden.

Neue Belastung Dr. Thieles.

Noch am 18. April hielt er Höflichkeit für einen Simulanten

Wie das „Acht-Uhr-Abendblatt“ meldet, beabsichtigt Frau Dr. Höflichkeit eine Schadenersatzklage für den Tod ihres Mannes anzuführen. Ferner berichtet das Blatt über einen bisher noch nicht bekannt gewordenen Vorgang im Gefängnislazarett, der sich an dem kritischen 18. April, als die Agonie Höfliches begann, abgespielt hat, und der eine weitere schwere Belastung des Gefängnisarztes Dr. Thiele darstellt. Dr. Thiele untersuchte mit Professor Dr. Lewin vom Institut für Krebsforschungen — also nicht der Logikologe Professor Lewin — einen anderen Untersuchungsgegenstand im Gefängnislazarett, und zwar nach seinem Besuch bei Dr. Höflichkeit. Lewin und Thiele unterhielten sich dabei unter anderem auch über den Fall Höflichkeit. Im Verlauf ihrer Unterredung äußerte Dr. Thiele gegenüber Lewin: „Wenn Dr. Höflichkeit nicht immer so simulieren wollte!“ Professor Lewin steht zu der Richtigkeit dieser Feststellung und wird sie gegebenenfalls im Auspruch beibehalten.

Bereits der Pfleger Fahl hatte als Zeuge vor dem Ausschuss bekundet, daß Dr. Thiele ihm gegenüber an diesem Tage einen ähnlichen Ausspruch getan hatte. Dr. Thiele hat jedoch diesen Ausspruch auf das entschiedenste bestritten. Er gab allerdings zu, daß er der Meinung gewesen sei, Höflichkeit übertrieb abfällig die Schwere seines Zustandes. Er, Thiele, sei an dem 18. April vormittags in dieser Auffassung dadurch bestärkt worden, daß ihm der Oberstaatsanwalt Vinde erzählt hatte, er hätte sich soeben lange Zeit mit Höflichkeit über alles mögliche unterhalten und hätte ihn ganz frisch gefunden. Ueber den Grad der Wahrscheinlichkeit dieses Teils der Aussage Vinde sind allerdings nach den übereinstimmenden Setzungen der anderen Zeugen die Meinungen

kaum mehr geteilt. Jedenfalls wird es Dr. Thiele nunmehr schwer möglich sein, zu bestreiten, daß er noch am 18. April den schwerkranken Höflichkeit für einen Simulanten hielt.

Der Kampf gegen die Republik.

Rnebelung der Republikaner in Bayern.

Der Kampf der bayerischen Regierung gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nimmt in letzter Zeit Formen an, die mit der jedem Staatsbürger reichsgesetzlich gewährleisteten persönlichen Freiheit nicht mehr zu vereinbaren sind. Stand es schon mit der Reichsverfassung in offenem Widerspruch, wenn die bayerische Regierung dem Reichsbanner das Führen des Reichsadlers als Stempel verbot, indem sie sich auf einen durch die Weimarer Verfassung gegenstandslos gewordenen Paragraphen des Strafgesetzbuches bezog, der das Führen des kaiserlichen Wappens unter Strafe stellt, so wird jetzt aus Erlangen ein noch toller Fall gemeldet.

Die Erlanger Ortsgruppe des Reichsbanners beabsichtigte zwei verstorbenen Mitgliedern die letzte Ehre zu erweisen und suchte um die Infolge des noch immer bestehenden bayerischen Ausnahmezustandes nötige vorherige polizeiliche Genehmigung nach. Das Reichsbanner erhielt darauf folgenden Bescheid:

Auf Ihr der Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern, fernmündlich übermitteltes Gesuch vom Heutigen hat die genannte Stelle folgenden Bescheid gegeben:

Die Regierung, Kammer des Innern, ist nicht in der Lage, zuzugestimmen, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Erlangen, sich am morgen im Alt- und Reustädter Friedhof stattfindenden Beerdigung zweier verstorbenen Mitglieder in geschlossener Formation und in Uniform, sei es mit oder ohne Fahne und Trommel, beteiligt.

gez. Redenbacher.

Wir wollen nicht bemerkt unser Erlanger Parteigänger, das „Erlanger Volksblatt“, das:

„Als wir draußen im Feld waren und nach dem Kampf die Schlachtfelder räumten, war es geradezu eine Selbstverständlichkeit, daß auch die Toten der Feinde mit Beerdigung und ihnen auch die unseren Kameraden zuteil gewordenen militärischen Ehren erwiesen wurden. Diese menschliche Pflicht war damals nicht in Verordnungen und Paragraphen ausgebrütet, sondern sie entsprang dem natürlichen Pflichtbewußtsein eines jeden Einzelnen von uns, den Feind im Tode nicht mehr als solchen zu betrachten.“

Wir leben heute nicht mehr im Kriegszustand, sondern in angelegentlichem Frieden, und zwar in einem Lande, das Bayern heißt und das zur deutschen Republik, deren Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold sind, gehört. In diesem Land gibt es nach vorliegendem Beispiel Menschen, die Verordnungen schaffen, nach denen die geschlossene Beerdigung beim Begräbnis eines Volksgenossen verboten ist.

Es ist höchste Zeit, daß sich einmal die Reichsregierung um diesen standstilligen Zustand kümmert, denn eine derartige Behandlung zu erdulden, war wohl im Zeitalter der Sklaverei an der Tagesordnung, aber er ist eines sogenannten zivilisierten Volkes im 20. Jahrhundert einfach unwürdig.“

Es wäre Pflicht der Reichsregierung, die bayerische Landesregierung daran zu erinnern, daß wir in einer Republik leben und daß die Reichsregierung es sich verbietet, wenn eine Landesregierung die Anhänger der Republik mit Schlägen verfolgt. Aber der Herr, den diese Angelegenheit in erster Linie angeht, ist Reichsinnenminister Schiele, und Herr Schiele scheint mit seinen verfassungswidrigen Klängen zu stark in Anspruch genommen zu sein, um sich seinen eigentlichen Aufgaben widmen zu können.

Die Reichsregierung hat am Donnerstag dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über den Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und England zugeleitet.

Deutschösterreich und das Deutsche Reich haben vereinbart, vom 1. Juni ab die Sichtvermerkgeldnoten zu ermäßigen. Man erhebt gegenwärtig für eine einmalige Durchreise eine Mark, für einmalige Ein- oder Ausreise 3 Mark und für einen Dauerlichtvermerk 10 M.

Konzert am Abend.

Von Hans Wejemann.

Auf der Terrasse am See sitzen die Gäste. Blumen ranken über die Balustrade. Lampen schaukeln in der Luft. Auf dem Wasser gleiten ferne Lichter und auf den senkrechten Uferhöhen funkelt der Glanz festlich erleuchteter Willen.

Die Kapelle spielt. Bolzer, süßlich sentimentale Weisen, wie man sie gerne hört, wenn man im Frühling abends mit unbestimmten Hoffnungen fortgeht und dann schließlich im Café landet, um Fruchteis zu essen.

Der Bringeiger ist ein romantischer Herr mit schwarzem Gesicht und sanftem Geigenstrich, und seine melancholischen Augen sehen nach unverständlichen Frauenbergen.

Seine kleine schüchterne Gattin sieht ihn heimlich und verheißt an, sie vergleicht ihn mit ihrem torpulenten Gatten, der behaglich sein Helles schlürft, und denkt, daß er sicher nicht abends vor dem Zubettgehen auf dem Sofa einschläft.

„Hast du diesen Geiger gesehen?“ fragt das intellektuelle Mädchen zu ihrem Freunde, „welche tiefe Traurigkeit in seinen Augen liegt — er erinnert mich an Berse von Nille“, und dann bestellt sie ein neues Erdbeereis. „Wenn sie nicht so blödsinniges Zeug reden würde, wäre sie ganz nett“, denkt ihr Begleiter und überlegt, ob sein Geld zum Bezahlen reichen wird.

Das einsame häßliche Mädchen aber sitzt ganz still und denkt an ihr Erlebnis. An genau solch einem Abend hatte sie ihn kennen gelernt. Sie hatte ihre neue seidene Bluse an und die Musik spielte „Wie sollst du mir deine Liebe schwören“. — Er sah dem Geiger so ähnlich — Gott, hatte sie ihn geliebt. Aber er wollte nur ihre bisherigen Erpartes und dann ging er auf und davon. —

In einer Ecke lehnt der Ober. Die Füße tun ihm weh, und außerdem denkt er daran, daß er morgen die Rieche zahlen muß. Im übrigen hat er nur den einen Wunsch, einmal abends um neun Uhr schlafen gehen zu können.

Da schmelzt die Musik und er muß einschlafen gehen. —

Das Venedig Japans.

Aus dem neuen Erdbebengebiet.

Das Gebiet, das jetzt wieder von einer so furchtbaren Erdbebenkatastrophe heimgesucht worden ist, liegt im Westen Japans und umfaßt die weitere Umgebung der Stadt Osaka, der zweitgrößten Stadt des Landes, deren Einwohnerzahl nach den neuesten Zählungen sogar noch die Toten übersteigen soll.

Man hat Osaka das „Venedig Japans“ genannt, und zweifellos erinnern die vielen die Stadt durchschneidenden Kanäle an die Lagunenstadt, wenngleich die altjapanischen niedrigen Gebäude mit den Renaissance-Palästen Venedigs an Pracht nicht mithalten können. Auch in Osaka ist der Bootverkehr ein Hauptbeförderungsmittel, und auf den stillen Kanälen, die von den malerischen Kon-

turen der altjapanischen Baukunst eingerahmt sind, träumt noch die Romantik, während auf den breiten, gut gepflasterten Straßen sich richtige Wolkenkratzer erheben und der Verkehr einer modernen Großstadt dahinströmt. In Osaka haben zahlreiche große Industrien ihren Sitz, und es wird hier sehr viel gearbeitet.

Der Pharmakologe Geh. Rat Thoms erzählt in seinem kürzlich erschienenen Buch „Weltwanderung zweier Deutschen“ von dem Straßenleben Osakas. Durchwandert man abends die Straßen und Gassen, so sieht man in den nach außen in der ganzen Breite sich öffnenden Wohnungen noch bis in die Nacht die Handwerker wie die Schneider, Säuberer, Metallarbeiter, Glaschleifer, Uhrmacher, Barbierer tätig. Dabei war bisher die Bevölkerung außerordentlich genügsam: Reis und immer wieder Reis, dazu einen getrockneten Fisch und ein Rädchen grünen Tee — und man war voll und lustig. In der Neuzeit zeigt sich allerdings auch in den breiten Volksschichten das Verlangen nach größerer Abwechslung der Nahrung. Ebenso steigt ansehend, wenigstens in den Großstädten, die Vergnügungssucht, die teils in den Teehäusern, in denen Gelbes Tänze aufzuführen, befriedigt wird, aber auch in den zahllosen Theatern, Kinos, Restaurationen und auf den Straßen sich auswirkt. Man muß das bunte Leben und Treiben auf der Theaterstraße in Detombori, dem Vergnügungsviertel von Osaka, die mit Fächchen und Kellamerschilbern und bunten Tüchern überreich geschmückt ist, erlebt haben, um zu wissen, daß es auch in Japan recht vergnügt zugehen kann. Vorzüglich sind in Osaka die Volksschulen eingerichtet. Thoms sagt von der „Sembu-Schule“, die er besuchte: „Ich würde ihr in Deutschland keine von gleicher Ausstattung an die Seite zu stellen.“ Die Hauptlebenswürdigkeiten der Stadt sind das mächtige alte Schloß Osaka, das mit seinen gewaltigen Granitmauern und wichtigen Gebäuden noch an die alte Ritterzeit gemahnt, und die großartige Tempelanlage von Teramaji. Von der hochgelegenen Terrasse des Schloßhofes hat man einen weiten Überblick über die Delta-Ebene des Jodogama-Flusses, der in den Golf von Osaka mündet.

Uebrigens spielt auch das deutsche Element in Osaka eine Rolle. Daron kündigt ein deutsch-japanisches Sommerfest, das Professor Hans Driehs mit seiner Frau auf seiner letzten ostasiatischen Reise mitmachte. Er erzählt in seinem Buch „Fern-Ost“ davon, wie er in Osaka zu einer Sitzung des Deutsch-Japanischen Vereins eingeladen wurde. „Die Sitzung fand“, so schreibt Frau Driehs, „in einer Brauerei statt, deren Besitzer in Weihenstephan bei Freising studiert hatte, unter einem großen, mit Lampionen, Fächchen und Girlanden decorierten Zelt. Erst sprach mein Mann über seine „Philosophie des Organischen“, dann setzten wir uns alle an lange Tische, und man reichte uns sehr gutes japanisches Bier vom Fass und Ausschütt. Die japanischen und deutschen Herren wechselten auf Deutsch herzliche Reden. Fast alle anwesenden Japaner hatten kürzere oder längere Zeit in Deutschland studiert. Es war ein wirklich harmonisches Zusammensein.“

Das Landesheater Stuttgart erwirbt zur Aufführung für die nächste Spielzeit aus dem Bühnenvertrieb des Volkstheaterverlags Berlin „Saluntala“, ein indisches Schauspiel von Kallibala in der Uebersetzung von Karl Lautner. Das Werk ist bereits im Volkstheaterverlag als Buchausgabe erschienen.

Die Ausstellung der Niederländischen Kunst in Potsdam. Gestern nachmittags wurde in der Orangerie des Parks von Sanssouci eine bedeutsame Ausstellung eröffnet, die in historischer Folge durch erlebte Beispiele einen kurzen, aber wesentlichen Ueberblick über die moderne Entwicklung der niederländischen Kunst von 1875 bis zur Gegenwart bietet. Die Gäste, unter denen man neben Vertretern der Regierung und der Potsdamer Behörden den niederländischen Gesandten Baron von Geners und Freiherrn von Stedenen, den deutschen Gesandten in Holland bemerkte, wurden von Dr. Oswald im Namen der Berliner Deutschen Niederländischen Gesellschaft und von Professor Steenwig von der Deutsch-Niederländischen Vereinigung in Haag begrüßt. Beide dankten für das Gesehene und wiesen auf die starken kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Holland hin. Der Direktor des Städtischen Museums in Haag, Dr. van Gelder, dem die Auswahl der ausgestellten Objekte hauptsächlich zu danken ist, gab einen kurzen historischen Ueberblick über die Eigenart der holländischen Kunst und besonders ihrer modernen Entwicklung seit 1875. Staatsminister Dr. Beder dankte allen, die das Ausstellungswerk geschaffen haben, im Namen der Reichs- und der preussischen Behörden und erklärte die Ausstellung für eröffnet.

Frisjof Ranzen in Berlin. Wie wir hören, trifft Frisjof Ranzen heute vormittags 10 Uhr von Oslo zu kurzem Aufenthalt in Berlin ein, um die Ansicht der zuständigen deutschen Stellen von der Möglichkeit der Erforschung der Arktis unter Zuhilfenahme von Luftschiffen kennenzulernen. Der Reichsverkehrsminister Trothe wird ihm zu Ehren heute mittag im Hotel Adlon ein Frühstück geben, an dem u. a. der Reichskanzler und Dr. Ekener teilnehmen werden.

Eine „Tagung für deutsche Bildung“, veranstaltet von der Gesellschaft für deutsche Bildung und dem Erziehungswissenschaftlichen Seminar der Hamburgischen Universität, findet gegenwärtig in Hamburg statt. Eine zahlreiche Hörerschaft vereinigte ein Begrüßungsabend im großen Saal des Curie-Hauses. Vertreter der Unterrichtsbehörden der Stadt hießen die Gäste willkommen und brachten gute Wünsche für eine erfrischende Arbeit der Tagung zum Ausdruck. Architekt Frisjof Hoeger sprach sodann über den Baugedanken des Chile-Hauses. Dr. Ludwig Benninghoff, der zweite Redner des Abends, sprach über die neue Bühnenkunst als Ausdruck des deutschen Lebenswillens, Bewegungsschwere Rudolf von Labans und Sprechschöne von Frau Wilma Rudolberg gaben Proben praktischer Anwendung der Benninghoffschen Ideen.

Die Frühjahrsausstellung der Akademie der Künste am Pariser Platz ist auch an den beiden Vorkonzerten von 10-5 Uhr eröffnet. An die Ausstellung eingereicht ist aus ausländischem Besit das Bild „Die Besessene“ von Otto Dix. Als Ergänzung zu ihrer Thoms-Kollektion hat die Akademie der Künste einen Saal mit Zeichnungen und einem für die Hauptausstellung an fünf eingetragenen großen Gemälden „Gefang im Erlösener“ aus dem Besitz der Stadt Hannover eingerichtet. Die Zeichnungen, die sämtlich aus dem Besitz der Kunststiftung in Karlsruhe stammen, sind zum größten Teil frühe Arbeiten, darunter ein Profilbild der Kaiserin Thoma, das im 16. Lebensjahr des Künstlers entstanden ist.

Aerztliche Hilfe und Strafvolzug.

Mißstände im Gefängniswesen.

Man schreibt uns aus Hannover:

Der Fall des ehemaligen Reichspostministers Hoefle ist nicht Einzelfall, und das ist das Betrübenste an ihm. Hier hat es einen Prominenten getroffen. Die Trauer in den Familien ist nicht kleiner, wenn einem in der Öffentlichkeit Unbekannten ein ähnliches Geschick zustoßt. Damit Abhilfe geschaffen wird, hat jeder der Allgemeinheit gegenüber die Pflicht, grobe Verstöße in unserem Gefängniswesen zur Sprache zu bringen. Wenn eine Gruppe von Menschen — Soldaten oder Gefangene — ohne eigene Wahl einem bestimmten beamteten Arzt aus Sadeln und Verberben ausgeliefert ist, so ist mit besonderer Sorgfalt darüber zu wachen, daß Unkenntnis oder Fahrlässigkeit des Arztes sie nicht in die Grube oder an den Rand derselben bringt. Wer hierüber aus irgendwelchen Rücksichten schweigt, begeht ein Verbrechen.

Einen besonders traffen Fall von gefängnisärztlicher „Behandlung“ eines Untersuchungsgefangenen im Gerichtsgefängnis Hannover habe ich vor längerer Zeit in der hannoverschen Zeitung „Volkswille“ unter dem Titel „Unglaubliches aus einem Gerichtsgefängnis“ veröffentlicht.

Der Gefangene hatte infolge psychischer Depression im Bazar der des Gefängnisses innerhalb sieben Tagen nur zweimal geringe Mengen von Urin gelassen und befand sich infolgedessen in einem lebensbedrohlichen Zustande. Der Gefängnisarzt, Medizinalrat Dr. Brandt, war von dem Pflegerpersonal wiederholt auf die Ursache der schweren Erkrankung aufmerksam gemacht, ohne die angeordnete, faulig-gärende Flüssigkeit aus der Blase zu entfernen oder entfernen zu lassen. Es befand sich über zwei Liter solcher Säure in der Blase. (!) Der Unglückliche wurde von Ärzten, die auf Verantwortung der Angehörigen zugezogen wurden, vom Tode gerettet, hatte jedoch eine schwere Körpererschütterung erlitten.

Die Behörde suchte die Tatsachen zu bestreiten und leugnete, daß ein Anlaß zum Einschreiten gegeben sei. Der Ton des Zeitungsartikels war allerdings dem Fall entsprechend recht scharf. Trotzdem stellte eine behördliche eingehende Untersuchung fest, „das die Grenzen der sachlichen Kritik nicht überschritten seien“.

Dr. Ludwig Sternheim.

Stahlhelmer als Landesverräter.

Zu neuer Fälle.

Österr. 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch voriger Woche ist in Görz an seiner Dienststelle im Finanzamt der Steuerassistent Emil Rood verhaftet worden. Die Verhaftung durch die Landesstriminalpolizei erfolgte, weil Rood hat dem dringenden Verdacht des Landesverrats steht. Rood hat eine bewegte Vergangenheit hinter sich. Er war früher Feldwebel und war später in der Görzler Ortsgruppe des Stahlhelms an heroischer Stelle führend tätig. Schon in der Ortschaftseligen Angelegenheit wurde sein Name viel genannt. Als die „Görzler Volkszeitung“ um die Jahreswende 1921/22 seinen Namen in einer Veröffentlichung nannte, war er einer der ersten, der diesbezüglich Strafantrag stellte und die Verantwortung des verantwortlichen Redakteurs erwiderte. Jetzt verläutet, daß Rood der Österr. Militärkommission oberhand Angaben gemacht hat. Trifft das zu, so findet sich auch die Erklärung dafür, daß die Interalliierte Militärkommission wiederholt Görz mit ihrem Befehl „beehrte“.

Arbeitsnachweistagung.

Zweiter und letzter Tag.

Düsseldorf, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Tag der Arbeitsnachweistagung war der Aussprache über die Selbstverwaltung gewidmet. U. a. war auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erschienen, der in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit einer möglichst wirksamen Arbeitsvermittlung erörterte. Der erste Referent Prof. Dr. Hoeningers-Freiburg i. B. wies auf die verschiedenen Beiträge hin zur Umgestaltung der Selbstverwaltung im Arbeitsnachweisgesetz hin. So seien z. B. die Gemeinden und Städte bemüht, die öffentlichen Arbeitsnachweise in die reine Kommunalverwaltung zu überführen. Wahre Selbstverwaltung bedeute auch Selbstfinanzierung. Da sie im Arbeitsnachweis im Zusammenhang mit der Erwerbslosensicherung eingetretet sei, erwache die Frage, ob nicht der Ausbau der Selbstverwaltung zu einem sich selbst finanzierenden Selbstverwaltungskörper geboten erscheine. Der Direktor des Brandenburgischen Landesarbeitsamts Dr. Demichiel betonte in seinem Referat, daß die wirtschaftliche Selbstverwaltung sich seit dem Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes von 1922 noch nicht im großen Maße ausgewickelt habe. Das sei aber nicht allein zurückzuführen auf die überragende Stellung, welche die Gemeinden im Arbeitsnachweis einnehmen. Wesentlich mangelhaft habe die Tatsache, daß die Zeit zu kurz war, um die Selbstverwaltung lebendig werden zu lassen.

Dazu komme, daß gerade in der Zeit seit dem Bestehen des Arbeitsnachweisgesetzes Arbeitgeber wie Arbeitnehmer infolge der Inflation mit anderen Sorgen belastet gewesen seien. Notwendig sei, daß die beiden Parteien in verständnisvoller Zusammenarbeit und in der Ueberzeugung sich zusammenschließen, daß ihre Interessen und diejenigen der Allgemeinheit letzten Endes parallel laufen. Dann erst seien die Voraussetzungen für die notwendige Wissensbildung der Selbstverwaltung im Arbeitsnachweis gegeben. Trotz aller Schwierigkeiten scheint es doch möglich, daß in absehbarer Zeit die Selbstverwaltung den ihr gebührenden Platz im Arbeitsnachweis nicht nur einnehmen, sondern auch ausführen werde.

In der Diskussion erklärte ein Vertreter der Arbeitgeber, daß sie Wert auf eine Erweiterung der Selbstverwaltung

legen. Meyer-Düsseldorf (ADGB) warnt die Städte, den Gewerkschaften einen Kampf zur Erhaltung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung aufzuzwingen. Nur durch den Ausbau der Selbstverwaltung könne das Vertrauen der Arbeiterschaft zum öffentlichen Arbeitsnachweis gestärkt werden. Für den deutschen Städtetag bedeutet Oberbürgermeister Ruppe, daß die Arbeitgeber ihre jüngsten Sandidat auf den Kongress geschickt haben und fordert den führenden Einfluss der Gemeinden im Arbeitsnachweis. Bundeshauptmann Dr. Horion stellt als Vertreter der Preussischen Provinzen fest, daß in der Praxis ein durchaus gutes Zusammenarbeiten von behördlicher und wirtschaftlicher Selbstverwaltung bestehe. Der Reichsstädtetag läßt durch Dr. Glack erklären, daß er keine Bedenken gegen die bisherige Organisation des Arbeitsnachweiswesens trägt.

Die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsringes schlossen sich den Ausführungen des Vertreters des ADGB an und protestieren gegen die Bestrebungen der Städte, die wirtschaftliche Selbstverwaltung zu beseitigen. Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet.

Die Wiener Hochschulküben verübten trotz der Schließung der Universitäten vor ihr solchen Raub, daß 30 Verhaftungen vorgenommen werden mußten. Der Rest der Demonstration wurde von der Polizei mit blauer Waffe zerstreut.

Vor der Entwaffnungsnote.

Die englisch-französische Einigung.

London, 28. Mai. (WTB.) Die Reuter aus authentischer französischer Quelle erzählt, wird Deutschland imstande sein, wenn es wolle, in wenigen Wochen das auszuführen, was in der Note über die Abrüstung verlangt werde. Es wird darauf hingewiesen, daß das alliierte Kontrollkomitee zu der Schlussfolgerung gekommen ist, daß Deutschland nicht alle Abrüstungsverpflichtungen erfüllt habe, und daß in Uebereinstimmung mit den Fachleuten eine Liste der Verletzungen gemäß dem Versailler Vertrag zwecks Ueberreichung an Deutschland hergestellt worden ist. Das Verzeichnis, das demnächst in Berlin überreicht werde, zeige Deutschland, ohne Raum für Mißverständnisse zu lassen, was es noch zu erfüllen habe. Im ganzen ziele Frankreich in Betracht, daß Deutschland seine Verpflichtung in bezug auf die Zerstörung von Kriegsmaterial erfüllt habe. Gewisse Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen (etwa dreißig bis vierzig, aus einer Gesamtzahl von mehreren Tausend), müssen noch umgestellt werden.

Reuter fährt fort: Es ist bemerkenswert, daß unter dieser Zahl Krupp und die Spandauer Werke genannt sind, die nach Ansicht der Franzosen in kurzer Zeit imstande sind, große Quantitäten von Kriegsmaterial herzustellen. Von französischer Seite werden ebenfalls ernsthafte Einwendungen bezüglich des zu großen Stabes der Staatspolizei und einer Anzahl untergeordneter Punkte gemacht. In bezug auf diese Angelegenheiten ist es nach französischer Ansicht möglich, daß Deutschland die in der Note gestellten Bedingungen bis September erfüllen kann, was die Räumung Kölns zur Folge haben werde. Gemäß der Vereinbarung, die von Herriot und Theunis mit Deutschland getroffen worden ist,

wird das Ruhrgebiet am 16. August geräumt und zur gleichen Zeit werden die Besatzungstruppen aus den drei Städten Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zurückgezogen.

Die eine Kategorie für sich gebildet haben. Dieser Bezirk hat nichts mit der Kölner Zone zu tun und wird geräumt werden, da Deutschland bereits gewisse Verpflichtungen des Dawes-Planes erfüllt habe.

Die Völkervereinigung tritt zusammen.

Paris, 28. Mai. (WTB.) Die Morgenblätter nehmen an, daß die Völkervereinigung zwecks Erörterung der Entwaffnungs- und Räumungsfrage entweder Freitag nachmittag oder Sonnabend vormittag zusammentreten werde. Man erklärt, so schreibt „Leit Parisien“, daß man hinsichtlich der letzten Meinungsverschiedenheiten, die noch zwischen dem Foreign Office und dem Quai d'Orsay über die Liste der Verletzungen bestanden hätten, auf dem Wege der Beilegung ist und daß die Völkervereinigung in der Lage sein werden, in kurzem über den Inhalt des Dokuments zu entscheiden, das der Reichsregierung zugehen soll.

Internationale Arbeitskonferenz.

Die Sozialreaktion trumpft auf!

Genf, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeit in den Ausschüssen der Arbeitskonferenz wird nach diese Woche beendet, so daß nach Pfingsten die Debatte in der Vollversammlung beginnt. Gegenüber den Anträgen der Arbeiter bedeuten die Vorschläge der Unternehmer- und Regierungsvertreter eine große Einschränkung. In der Kommission für die Einführung der vierundzwanzigstündigen Ruhefrist in den Glashütten mit Pannagelien haben die Regierungsvertreter und Unternehmer gegen die Arbeiter beschlossene, eine Ruhepause nicht zu gewähren. Die Kommission für die Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien hat den englischen Antrag abgelehnt, der die Festsetzung der Nachtarbeit dem Ermessen der einzelnen Regierungen anheimstellen wollte, und hat eine neue Prüfung der belgisch-französischen Vorschläge beschlossen. Da aber hiernach die Einzelarbeiten ohne fremde Arbeiter nicht unter das Abkommen fallen, sollen außerdem auch bei anderen Bäckereien Ausnahmen für Nachtarbeitserlaubnis vorgezogen sein. In der Kommission für Unfallversicherung wurde die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Landarbeiter abgelehnt. Die Festsetzung der Entschädigung bei Invalidität soll den einzelnen Regierungen überlassen bleiben; eine allgemeine Regelung sei hier mit Rücksicht auf die stellenweise noch primitive oder überhaupt noch nicht vorhandene Unfallversicherungsgesetzgebung vieler Länder unmöglich. Für die Feststellung der Berufskrankheiten sollen besondere Listen ausgearbeitet werden.

Am Donnerstag wurde in der Arbeitskonferenz die Debatte über den Direktorbericht fortgesetzt. Genosse Susuki, Vorsitzender des Japanischen Gewerkschaftsbundes, kritisierte seine Regierung, die bis heute das Washingtoner Abkommen und das Verbot für die Frauen- und Kinderarbeit nicht ratifiziert hat und die Versammlungsfreiheit durch Ausnahmegesetze gegen den inneren Feind stark beeinträchtigt, obwohl der Berliner Artikel 427 dieses Recht garantiert. Genosse Joshi, indischer Arbeiterdelegierter, fragte, warum

Die Arbeiter der Mandats- und Kolonialgebiete auf der Arbeitskonferenz nicht vertreten

seien. Die englischen und holländischen Arbeitervertreter könnten doch nicht auch gleichzeitig im Namen der eingeborenen Arbeiter ihrer Kolonien sprechen. — Der indische Arbeitervertreter Smith stellte fest, daß ein neuer japanischer Regierungserlaß, der in der Seidenindustrie den elfstündigen Arbeitstag für minderjährige Arbeiter vorsehe, die indischen Unternehmer zu entprechenden Schritten veranlassen werde, da sie sonst nicht konkurrieren könnten. Der japanische Regierungsvertreter Maseba antwortete, daß die japanische Regierung das Recht habe, die Sozialgesetzgebung nach eigenem Ermessen zu regeln; indessen sei ein gewisser Fortschritt in der Herabsetzung der Arbeitszeit unvermeidbar. In der Seidenindustrie sei der zehnstündige Arbeitstag eingeführt, und ein weiterer allmählicher Abbau der Arbeitszeit sei geplant. Abschließend verlangte Maseba, daß das Arbeitsamt für das Auswanderungsproblem, das für Japan eine Lebensfrage sei, eine Spezialkommission einlese.

Der Volksblockieg in Budapest.

54 Sozialdemokraten im Gemeinderat.

Die sozialdemokratische Partei hat bei den Gemeinderatswahlen vierundzwanzig Mandate, also fast die Hälfte der Sitze, die dem demokratischen Block zufiel, errungen. Zum ersten mal betritt die sozialdemokratische Partei den Boden des Gemeinderates. Bisher hat die ungarische Arbeiterschaft den verführerischen Ideen und Propagandastimmen des Bolschewismus darum so wenig Widerstandskraft entgegenzusetzen können, weil die oligarchische Verfassung sie gebindert hat, an dem politischen Leben und an der Verwaltungsarbeit teilzunehmen.

Da die sozialdemokratische Partei diesmal nicht für sich allein in den Wahlkampf zog und da das Gemeinderatsrecht durch die sechsjährige Sedhaftigkeit noch schlechter gemacht wurde als das Parlamentswahlrecht, ist ein Vergleich mit den Parlamentswahlen vor zwei Jahren nicht gut möglich. Damals wurden in Budapest für die sozialdemokratische Partei 33, für die bürgerlich-

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Völkervereinigung wird am Freitag oder spätestens Sonnabend über die Abrüstung Deutschlands und die Räumung von Köln endgültig Beschluß fassen. Die Kabinette von Paris und London sollen zu einer Verständigung über alle strittigen Punkte gekommen sein, mit Ausnahme einer einzigen deutschen Forderung, die von den englischen Militärsachverständigen bestritten werden soll. Artikel 429 macht die Räumung der nördlichen Besatzungszone nach fünf Jahren von der pünktlichen Erfüllung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen abhängig, d. h. der Entwaffnung und der Reparationsleistungen. Die Völkervereinigung hat sich daher an die Reparationskommission mit dem Ersuchen gewandt, festzustellen, ob Deutschland seine finanziellen Verpflichtungen eingelöst habe. Die Kommission wird Freitag vormittag zusammentreten; es steht außer Zweifel, daß ihre Entscheidung bejahend ausfallen wird. Nach dem „Temps“ soll die von der Völkervereinigung an die deutsche Regierung zu richtende Note die Feststellung enthalten, daß Deutschland sich mit seinen Abrüstungsverpflichtungen im Rückstand befinde und deshalb die Zurückziehung der Truppen erst erfolgen könne, sobald Deutschland sich auch in diesem Punkte mit dem Vertrag in Einklang gesetzt habe.

Informationschwandel.

Ein amerikanischer Abwehrplan.

Alle anmerkenswerten Zeitungsleser, wieviel oder erst die Redakteure, die täglich Stöße von Depeschen schüten müssen, kennen längst das netische Spiel jener „diplomatischen Informationen“ über die Absichten der verschiedenen Regierungen, die man heute mehr oder minder groß und seit veröffentlicht, um morgen oder übermorgen die noch offiziellere Nachricht folgen zu lassen, daß der „Vorgang“ unzutreffend, aus der Luft gegriffen, erfunden und erlogen sei. Nun scheint wenigstens die Regierung der Vereinigten Staaten sich gegen diese Leute, soweit sie ihre Landesküste sind, schützen zu wollen.

Der in Paris erscheinende „New York Herald“ meldet nämlich aus Washington, daß Präsident Coolidge die Wiedereinführung des Gesetzes Franklins ins Auge faßt, das aus der Zeit stammt, als Benjamin Franklin amerikanischer Gesandter in Frankreich war. Dieses Gesetz sieht Strafen gegen Amerikaner vor, die, ohne dazu ermächtigt zu sein, die amerikanische Auffassung im Ausland zu vertreten, dieses tun und auf diese Weise die Außenpolitik der amerikanischen Regierung stören. Das Gesetz sieht eine Geldstrafe von 5000 Dollar oder 3 Jahre Gefängnis oder beide Strafen zugleich vor. Der Abg. Hamilton Fish, Mitglied des auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses, hat im Verlauf einer Unterredung mit Coolidge diese Art des Vorgehens empfohlen angesichts der Erklärungen, die gewisse hochstehende amerikanische Persönlichkeiten bezüglich der Schuldenfrage in Europa abgegeben haben.

Hoffentlich wird aber diese Maßnahme — nicht auch als bald demontiert!

demokratische Partei 21 Proz. der Stimmen abgegeben. Diesmal vereinigte der Block auf seine Listen 67 Proz.; ein Beweis, daß die Hardy- und Bethlen-Wirtschaft in Budapest weiter an Boden verloren hat.

Es waren 250 Gemeinderatsmandate zu vergeben. Bestände innerhalb des schon an sich infamen Wahlrechts wenigstens eine Gleichheit der Wahlkreiseinteilung, dann hätte der demokratische Block auf 155 Mandate Anspruch und hätte, sogar die ernennenden Mitglieder miteingerechnet, die absolute Mehrheit. Da aber zugunsten der Hängedritten eine unerschämte Wahlkreisgeometrie betrieben wurde, so daß z. B. in den Bezirken, wo die Bauern wohnen, schon auf achthundert Wähler ein Gemeinderat entfällt, während in den proletarischen Bezirken die doppelte Stimmenzahl aufgebracht werden muß, war es möglich, der christlich-nationalen Partei 93 Mandate zuzuschlagen. Diese Partei beherrschte aber früher unbeschränkt den Gemeinderat, ihr Sturz ist also trag offen stark, und sie wird kaum in die Lage versetzt werden, die Geschicke Budapests weiter zu lenken.

Völlig bedeutsam ist der Zusammenbruch der Partei des Regierungskommissars Ripka, der der eigentliche Vertrauensmann des Ministerpräsidenten Bethlen war. Seine Partei ist die kapitalistische Ausgabe der agrarischen Regierungspartei Bethlens in der Nationalversammlung. Sie brachte es in Budapest auf ganze zwanzig Mandate; allerdings steht ihr ein sehr bedeutender Zuwachs aus den ernannten Mitgliedern bevor. Der Reichsoberweser ernannt 21, aber mit denjenigen, die vermöge ihres Amtes Gemeinderäte werden, kann ihre Zahl auf achtzig anschwellen, und sie werden sich fast alle der Gruppe Ripka anschließen. Wenn auch die Wahlkreisgeometrie und das Ernennungsrecht das eigentliche Wahlergebnis verdunkelte, so kann man doch feststellen, daß die sozialdemokratischen und die bürgerlich-demokratischen Parteien die große Mehrheit der Budapestser Bevölkerung bilden. Wie groß die Niederlage der Reaktion erst bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts wäre, kann daraus ersehen werden, daß die Zahl derjenigen, die das 24. Lebensjahr überschritten haben und des Lesens und Schreibens kundig sind, in Budapest 528 557 beträgt, von denen fast 250 000 kein Wahlrecht besitzen!

Bethlen wird jetzt wohl alle Wägen springen lassen, um in dem Gemeinderat einen Bürgerblock zusammenzubringen, der eine städtische Verwaltung der Großbourgeoisie und des Kleinbürgertums in den Sattel heben soll.

Die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion setzt sich zumeist aus Genossen zusammen, die unmittelbar in der politischen und gewerkschaftlichen Kleinarbeit stehen, die die Bedürfnisse der Massen aus unmittelbarer Anschauung kennen, und es sind unter ihnen auch einige, die die Jahre der Emigration in Wien verlebte und dort mit großem Interesse die Arbeit der sozialdemokratischen Gemeinderatsverwaltung studiert haben, wie es ja zu der sozialdemokratischen Wahlkampagne gehörte, daß sie die Leistungen der roten Rathausmehrheit in Wien mit denen der Hängedritten in Budapest verglich. Niemals war Wien bei den großen, arbeitenden Massen volkstümlicher und bekannter in Budapest, als während dieses Kampfes.

England wünscht keine Moskau-Agenten.

London, 28. Mai. (WTB.) Unterhaus. Der Staatssekretär des Innern Johnson Hicks erklärte, ausländischen Kommunisten werde die Erlaubnis, an der kommunistischen Konferenz in Glasgow am 30. Mai teilzunehmen, verweigert werden. Diejenigen, die zur Teilnahme an dieser Konferenz englischen Boden betreten, würden mit dauerndem Einreisenerbot bestraft werden. Die Arbeiterabg. Lansbury und Caines fragten, ob die Regierung die umstürzlerische Propaganda der Kommunisten für ungesetzlich zu erklären beabsichtigt. Der Staatssekretär erwiderte, britischen Staatsangehörigen seien gewisse Dinge erlaubt, Ausländern jedoch würde sie dies nicht gestattet. Die Regierungspartei nahm diese Erklärung mit Beifall auf.

Pfingstwanderungen.

Durch die Uckermark und das Ländchen Rhinow.

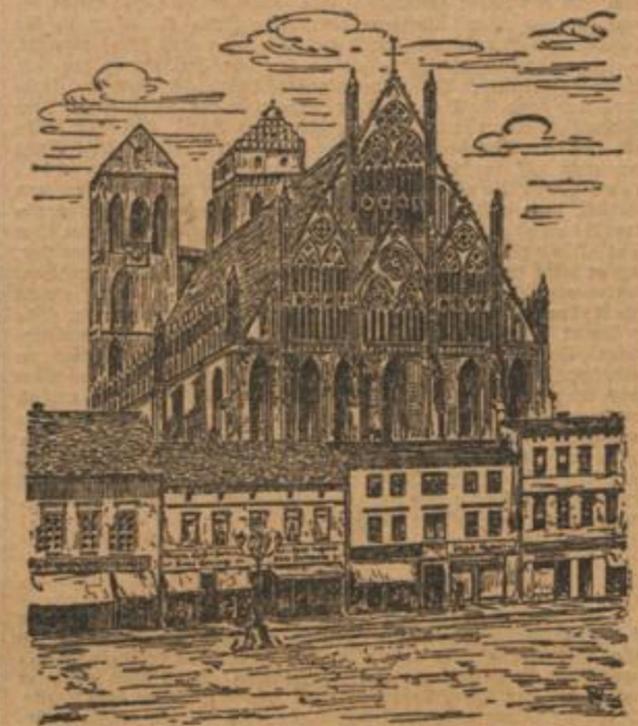
Wenn das Pfingstgeläute durch die Lande schallt, wenn im Waldesdom der Aukud ruft und der Birol pfeift, wenn der Bäume Kronen im frischen Grün prangen, wenn der Frühling scheiden will, um den Sommer zur Herrschaft zu lassen, dann wandert sich's besonders schön durch den märkischen Wald, zu den märkischen Seen, dann mehrt Festesfreude die Wanderung.

Zwei- bis Drei-Tage-Wanderung.

In Angermünde, der Hauptstadt des gleichnamigen uckermärkischen Kreises, beginnen wir unsere Pfingstwanderung. Die Stadt weist an mittelalterlichen Bauteilen die gewaltige Marienkirche, das Kloster und einige Reste der Stadtmauer auf. Nordöstlich dehnt sich der Müdesee aus, von dem Angermünde seinen Namen hat, denn es liegt auf dem Ufer am Müdesee. Wir verlassen die Stadt gen Nord auf der Chaussee nach Kerkow, dessen hochragenden Kirchturm wir bald sichten. Das Dorf liegt an der Dievenitz, die den Abfluß vom Müdesee zur Welse bildet. Von Kerkow wandern wir westlich, überschreiten die Stettiner Bahn und kommen dann nordwestlich nach dem großen Gut Görtsdorf. Hier überschreiten wir die Welse, die ihren Ursprung in den Seen zwischen Joachimsthal und Angermünde hat und bei Bierroden in die Oder mündet. Wir wandern nördlich um den Görtsdorfer Tiergarten herum zur Chaussee, der wir gen Nord nach Greiffenberg folgen. Das Städtchen, das in der Uckermark besonders durch seine Töpfererzeugnisse bekannt ist, liegt an der Sernitz, einem Nebenflüßchen der Welse. Auf dem Burgberg im Osten des Ortes sind noch Reste der Burg der „alten Groppen“, die mit der Stadt bereits 1373 erwähnt wird, erhalten geblieben. Von Greiffenberg wandern wir nordwestlich weiter nach Wilmersdorf und von hier gen Nord auf dem Melzower Wege zum Wald. Der Weg führt durch den Wald, schönen Hochwald, der mit jungem Bestand abwechselt. Borneigend besteht der Wald aus Buchen; an den zahlreichen Sumpfstellen herrscht jedoch die Erle vor; kurz vor Melzow ist der Weg von Fichten eingefaßt. Schließlich kommen wir nach Melzow, dem Ziel des ersten Wandertages. Das Dorf liegt in hügeligem Gelände, rings von Wald umgeben. Weglänge von Angermünde etwa 23 Kilometer. Bald nachdem wir Melzow verlassen haben, kommen wir wieder in den Wald. Auf der Gramzower Straße wandern wir zum Forsthaus Dreiecksee und wenden uns hier nach Norden zum Ufer des gleichnamigen Sees. In östlicher Richtung kommen wir alsdann zum Kleinen und Großen Rathsburgsee. Durch Wald und Seen erfreut uns die Uckermark auf der heutigen Wanderung. Die verstaubte Einsamkeit, das träumerische Schweigen der Seen lockt uns zu stillem, beschaulichem Verweilen, und die Wanderung an den von Wald umkränzten Ufern gewährt uns wunderbaren Genuß und verfehlt uns in eine weihenolle Feststimmung. — Wir kommen nach Gramzow, einem ehemaligen Marktort, jetzt Dorf, mit alter Kirche und der Ruine eines Klosters aus dem 13. Jahrhundert, das ein Tochterkloster von Jerichow war. Kloster Gramzow hatte in der Geschichte der Uckermark eine ebenso große Bedeutung wie Kloster Chorin. Von Gramzow wandern wir über Blankenburg nach Seehausen, das am Nordende des Ober-Ückersees liegt, auf der Niederung zwischen diesem See und dem sich nördlich anschließenden Unter-Ückersee. Auch in Seehausen war einst ein Kloster. Das Ziel des zweiten Wandertages haben wir erreicht. Weglänge von Melzow etwa 20 Kilometer.

Wir wandern auf dem durch die Niederung und über die Ucker führenden Wege nach Pöhlitz, am Nordufer des Großen Pöhlitzsees, der ebenfalls im Uckerthal liegt. Pöhlitz war in alter Zeit eine Stadt. Als Wahrzeichen ist nach der Brandung erhalten geblieben, ein figurenartiges Gebilde aus Eichenholz, das an die Stelle des früheren steinernen Rolands gesetzt wurde. Er steht bei der Kirche, am sogenannten Marktplatz. Wir wandern nun nach Norden über Etreshow und Jollshow nach Ropersdorf, am Westufer des Unter-Ückersees. Die Wanderung führt uns durch die eigentliche Kornkammer von Brandenburg, denn die Kreise Angermünde und Prenzlau haben mit den fruchtbarsten Boden der Mark. — Schon lange sehen wir vor uns den Doppelturm der Marienkirche von Prenzlau aufragen, den sogenannten „Säbelnack“ (Stiefelnack). Bald haben wir die Hauptstadt der Uckermark, das Enghel des letzten

Wandertages, erreicht. Weglänge von Seehausen etwa 17 Kilometer. Zahlreich sind in Prenzlau die Bauten und Ueberreste aus dem Mittelalter. Das gewaltigste Baudenkmal Prenzlaws aus jener Zeit ist jedoch die Marienkirche, um die Wende des 13. zum 14. Jahrhundert entstanden, zugleich eins der hervorragendsten Werke des Backsteinbaus überhaupt. Bewundernswert ist die gewaltige zweistöckige Westfront und der prächtig verzierte Ostgiebel (Abbildung). Von den alten Tortürmen ist der schönste der Mittelalter, unten viereckig, in der Mitte achteckig, oben rund. Eine Nachbildung steht auf der Oberbaumbrücke in Berlin. In der Heiligengeistkirche, nahe dem Mittelalter und der Marienkirche, hat das schenkwerte uckermärkische Museum seine Stätte. Schöne Spaziergänge bietet der Stadtpark und die Promenade am Unter-Ückersee. Von hier schneift der Blick nochmals über die weite Wasserfläche des Sees, dessen gegenüberliegendes südliches Ufer



Die Marienkirche in Prenzlau

völlig verschwindet. Vom Westufer grüht der hochragende Kirchturm von Ropersdorf. Durch die Stadt wandern wir zum Bahnhof, um die Heimreise anzutreten. — Wer nur zwei Tage zur Verfügung hat, kann entweder die Fahrt in Wilmersdorf beginnen oder in Seehausen beenden.

Zwei-Tage-Wanderung.

Mit den Jagen der Hamburger Bahn fahren wir vom letzter Hauptbahnhof nach Reustadt a. d. Dosse. Eine kurze Wanderung bringt uns zum Bahnhof in die Stadt. Hier ist um 1200 von den vordringenden Deutschen eine Burg angelegt worden, um den Uebergang über die Dosse zu schützen. Die Landstraße von Havelberg in das Sand Ruppin führte hier vorüber. Bei der Burg entstand die Siedlung Reustadt, ein Flecken, der erst 1664 zur Stadt erhoben wurde. Südlich der Stadt, am anderen Dosseufer, liegt Spiegelberg, wo sich früher eine Glasbläse und Spiegelfabrik befand. Ueber das Gestüt Vindenau und das Friedrich-Wilhelm-Gestüt kommen wir nach Sieversdorf, mitten im Dossebruch. Hier sind noch mehrere

alte Bauernhäuser erhalten; der Giebel ist der Straße zugekehrt, an ihn schließt sich der Saun mit der Pforte und daran in einigen Fällen noch ein kleines Torhaus an. Auf den Höfen steht häufig noch der Pütten in alter Form. Die Hofanlage entspricht dem fränkischen Typus. Wir wandern südlich zum Dorf hinaus, überschreiten die Städtebahn und kommen an Kaminsgut vorüber nach Friedrichsdorf, das 1773 angelegt und mit 12 Hopfengärtnern, 15 Wüdnern und dem Schulmeister besetzt wurde. Die Straße führt weiter gen Süd, über die Dosse und an Neugatz und Hohengatz vorüber durch das Rhinow. Wir überschreiten schließlich den Rhin, der die Hochfläche des Ruppiner Landes zur Havel entwässert, und kommen zur Friesacker Chaussee, der wir rechts nach Rhinow folgen. Weglänge von Reustadt nach Rhinow etwa 18 Kilometer. Rhinow wird bereits in einer Urkunde des Brandenburger Domarchivs vom 28. Dezember 1216 als einer der Grenzorte genannt. Der am alten Rhin westlich der Stadt gelegene Rieh deutet auf slawische Besiedlung beim Vordringen der Deutschen hin. Die alten Befestigungsanlagen sind späterhin beseitigt worden. Im 15. oder 16. Jahrhundert ist die Stadt mehr zur Hochfläche hin verlegt worden; hier war die Ueberschwemmungsgefahr geringer als im Luch. Die Stadt liegt am Nordhang des Ländchens Rhinow, einer Hochfläche, die inselartig am Zusammenfluß dreier eiszeitlichen Urstromtäler (Ederwasser, Berliner und Baruther) aufragt. Am Bahnhof der Städtebahn vorüber wandern wir auf der Chaussee am den Nordhang des Ländchens Rhinow nach Stölln. Wir kommen weiter zu dem 110 Meter hohen, steil aufsteigenden Gollenberg, der sich etwa 83 Meter über das Rhinow erhebt. Er ist der höchste Berg des Havellandes und bietet Aussicht bis nach Havelberg. Gut eine halbe Stunde hinter Reuwerder wenden wir uns rechts ab, an den Schweinebergen vorüber, nach Schönholz und weiter über Meierei Fideleke zum Vorwerk Glesake. Nun wandern wir auf der Chaussee südwestlich nach Hohennauen, zwischen dem Hohennauer See im Osten und der im Westen vorüberfließenden Havel gelegen. Obwohl die ersten urkundlichen Nachrichten über diesen Ort erst aus dem Ende des 14. Jahrhunderts vorliegen, hat die erwähnte Burg an dieser wichtigen Uebergangsstelle über die Havel sicher schon früher bestanden. Auch hier deutet der Rieh darauf hin, daß schon vor der deutschen Besiedlung ein wendischer Wohnplatz vorhanden war. Ueber den Abfluß des Sees zur Havel führte schon in alter Zeit eine Brücke, die 1591 als Zugbrücke erwähnt wird. Rührer von der Burg wurde der Uebergang und die Brücke vermutlich auch von der Kirche aus geführt, denn der Kirchturm, ein romanischer Backsteinbau aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts, zeigt nach dieser Richtung hin Schiefkarteln. Wir folgen der Chaussee über die Hohe Brücke; sie führt an Ziegeleien vorüber in der Nähe der Havel gen Süd. Am jenseitigen Ufer sehen wir das Dorf Stölln mit dem 73 Meter hohen Eichberg nördlich davon. Bald haben wir Rathenow erreicht, die Stadt der Fiegel und Brüllen. Hier beschließen wir unsere Pfingstwanderung. Weglänge von Rhinow bis Rathenow etwa 26 Kilometer.

Unterwegs.

Eine enge, schmutzige Großstadtstraße, Arme-Leute-Gegend, Häuserfassaden im Stil der Gründerzeit, mit bläulichen, geschmacklosen Verzierungen; durch offenstehende Haustore schaut man in dunkle, vielbenutzte Treppenhäuser, auf unebener Höhe. Im Erdgeschoß, oft im Keller gelegen, reiht sich Baden an Baden; in einer Fleischerlei Würste und blutiges Fleisch auf Wachtuch zur Schau gestellt, in einer Bäckerei billige Kuchenware auf großen Blechen, Tand in unübersehbarer Durcheinander in einem anderen Geschäft. Dann wieder ahnt man hinter Scheiben, die bis zu dreiviertel ihrer Höhe mit Farbe überstrichen sind, Bureauräume oder Warenlager. — Hochbeladene Lastwagen rollen über den Asphalt, dazwischen vereinzelte Geschäftsrabfahrer; kaum ein anderes Fuhrwerk. Der Dunst, der in der Straße herrscht, ist unbeschreiblich, wie in einem engen, überfüllten Zimmer.

Die Menschen in dieser Straße haben es eilig; allzu viele trifft man jetzt am Vormittag nicht. Reiß sind es Frauen, die mit Marktstücken vorwärts hinken, mit zerfurchten Stirnen, denen man es ansieht, daß sich hinter ihnen unablässig Rechenzempel bewegen, Rechenzempel um die kleinen Räte des Alltags, die trotzdem so oft nicht aufgehen wollen. Dazwischen tauchen einzelne Gesichter auf, stumpf und leer, gleichgültig gegen alles im Leben.

Ran wird müde, unendlich müde, wenn man durch diese Straße geht; man sehnt sich nach einem grünen Baum, nach einem Gros-

Schnock.

Ein Roman von See und Sümpfen.

Von Svend Fleuron.

(Aus dem Dänischen von Thyra Jaffelin-Dohrenburg.)

Im Oberkiefer aber sah eine Bewaffnung, die war viel schlimmer und grauenvoller! Hier wuchsen wahre Kolonnen von Zahnzähnen empor und machten aus dem Kiefer ein taufliches Reibeisen, bis weit in den Hals hinein schoben sie sich fort, ja, trocken sogar über die Junge hinweg. Wehe dem Körper, der in diesen Marterraum geriet; er käme nur als Plüschel wieder zum Vorschein.

Aber der Schlund, der das Opfer verschlang, war doch bei weitem das unheimlichste!

Er ähnelte dem Verschluß eines zusammengeschnürten Sacks. An den Seiten hinab lagen dicke Büchse von Schlingmuskeln, mit Saugnoten besät. Und in ihrer Mitte ahnte man die Speiseröhre, deren Mündung unaufhörlich auf und nieder wogte und eine Saugkraft besaß, die unbarmherzig alles in die Tiefe zog.

Und so wie sie im Inneren ausgerüstet war, so auch im Äußeren:

Die dunkle, wunderbare Farbe der Gründe zog einen breiten Streifen über ihren vollen Rücken. Um die Stirn und am Nacken entlang hatte das Seegras einen Grundion seines tiefen Grün gelegt, und um die Flanken wogten lichtstimmende Streifen des verhüllenden Schilfwaldes. Goldene Flecke wie von Sonnenglut herrührend, die durch das Glas des Wassers fällt, lohten zwischen den flammenden Querstreifen an ihren Seiten auf, und über Riemenbedeckel und Bauch ruhte das reine, blendende Weiß der Wasserlilie.

Sa, ihre Farben hatten sich zu voller Pracht entfaltet: von Sonnenfunken und Mondstrahlen glitzerten ihre Schuppen, und wenn sie blühschnell zusprang, sprühte ein Sternenschnimmer in der tiefdunklen Nacht der Wassertiefen auf.

Von dieser Zeit ab nahm ihre Eier kein Ende. Der Fressensdrang, der ihr von klein auf eigen war ... der wie ein Keim in ihrem innersten Begehren gelegen, erhielt durch die fürchterlichen Mittel, die die Natur ihr zur Verfügung gestellt hatte, freien Spielraum. Seht sollte kein anderer auch nur einen Bissen rauben dürfen; sie allein wollte es übernehmen, die Wasser leerzufressen.

Ihren Fang packte sie jetzt ebenso geschickt quer wie lang,

so zog es sogar vor, wenn sie hungrig war, sogleich nach dem Kopf zu schnappen, dann verschwendete sie keine Zeit damit, ihn umdrehen zu müssen, sondern konnte ihn im Ru herunter-schlängen.

Von Natur aus war sie sehr verschlossen und verspürte nach Gesellschaft kein Verlangen; aber ihre seelischen Fähigkeiten waren dennoch keineswegs gering; sie war zum Beispiel wohl imstande, die verschiedenartigsten Beobachtungen zu machen und sich die Lehren, die daraus entsprangen, zunutze zu ziehen. Auch an Erinnerungsvermögen fehlte es ihr nicht, was sich deutlich in jedem Frühling zeigte, wenn sie solchen sollte; mit Sicherheit fand sie dann immer den Weg durch den Bach bis zu den weltläufigen, überschwemmten Sümpfen.

Für jede Erschütterung im Wasser hatte sie ein feines Gefühl, sie hörte auf ihre Weile mit Leichtigkeit die Boote, „die großen Bögel“. Sie plätscherten ja immer so laut mit den Ruderfüßen oder peitschten mit dem schnurrenden Schwanz ins Wasser. Wie lange hatte sie sich darüber verwundert! Sie hatte festgestellt, daß sie genau so wie der Lappentaucher ihre Jungen auf dem Rücken trugen, und wie alle anderen Fische im See betrachtete sie sie als etwas Unvermeidliches, das mit zur Unruhe droben auf der Oberfläche gehörte.

Lange, ehe sie nahe waren, verspürte sie deutlich ihr Kommen.

Stand sie hoch im Wasser und der „Bogel“ kam mit Brausen über sie, so wich sie hurtigst zur Seite und machte sich eilends aus dem Staube. Wenn anders das Boot langsam daherglitt, so ging sie nur ruhig aus dem Wege, um nicht gerammt zu werden.

Aber es verging doch Jahr und Tag, ehe sie zu der Erkenntnis kam, daß es in besonderem Grade eben diese waren, die ihr übel wollten.

Eines Abends ruderte der Holzdrescher spät vom Angelplatz fort. Der Mond war ausgegangen und ergoß ein weiches Silberlicht über seine Riemen. Sie tauchten in regelmäßigem Takte nieder und wieder auf, das Silber triefte und tropfte an ihnen herab. Da fühlte er einen Schlag gegen den einen; es schwang durch das Ruder bis in seinen Arm hinauf, er hatte etwas Schweres im Schlepptau, er konnte das Ruder nicht mit sich ziehen — und nun holte er den Kopf eines Hechts an die Oberfläche. Der Fisch ließ im selben Augenblick los ... das Ruder war frei, aber Schnock war seit jenem Abend um vieles klüger!

Und je mehr die Zeit verstrich, desto mehr entwickelte sie

sich zu einer großmächtigen Herrscherin, die sich immer mehr als die Gottbegnadete des Wassers fühlte; sie gehörte nicht zum Fischpack! Sie erledigte groß und klein und trachtete die Bewohner des Sees so weit in der Runde, wie es ihr nur irgendmöglich war.

Durch immer häufigere und ausgedehntere Reisen vernehtzte sie ihre Ortskenntnis und lernte die Wege zu allen Riffen, Wiefen und Bänken kennen. Und sie kam zu der Ueberzeugung, daß ihre Welt in gewissen Richtungen ungeheuer war. Nur die Wasseroberfläche mied sie und die tiefsten Tiefen ... dort hausten die Großkrebse, die Gott der Herr in seiner Gnade so trefflich ausgerüstet hatte, indem er die Hälfte ihrer Kiefer auf ein Paar langer, gelenkiger Klauen verpfanzte hatte. — und dann Raß, das gefürchtete Fischungeheuer.

Schnocks Gebiet lag in der Mitte zwischen beiden.

Im frühen Morgenrauen, im klaren Morgenstimmer, wenn Nachtstürme und Wolke — schlaftrunken und berauscht von ihren nächtlichen Besuchen in den Blüthenischen — auf ihrem Flügel heimwärts zuhau ins Wasser stürzten; wenn die Schwalben die Fledermäuse ablösten und die Laumelläfer an den geschützten Orten ihre lautlosen Alltario auf der Oberfläche trieben, auf der die Wasserpflanzen im Begriff waren, in grünen, gelben und rostroten Farben hervorzutreten; wenn es da drunten dämmerte, wo Schnock ihr Heim hatte, und das gewaltige Glas über ihr mit Licht und Strahlen erfüllt wurde — dann jagte sie am höchsten und fühlte die härteste Eier in sich, und dann ging ein Grauen von ihrem Platzen und Klatschen aus.

An einem frühen Morgen trübt Windgeträusel und Wogenfischig den Spiegel des Sees, und weißschäumende, verschörkelte Stromstreifen arbeiten sich zwischen rabenschwarzen Tiefen hindurch. Die Seeschwalben tauchen niederstürzend nach übermütigen Fischlein, und in dem glühenden Schilffamm der Ufer waltet die ausgehende Sonne durchsichig Raß.

Schnock ist auf Jagd ... sie schiebt sich wie ein Stüdchen Schatten am Boden fort. Ihre tückischen Krokodilaugen sind so stark nach oben gedreht, daß sie wie Knorren aus dem Kopfe ragen.

Eine Herde Weißfische hat sich in einem Rohrgestrüpp angeammelt. Sie untersuchen Blätter und Stengel, wie muntere Schwanzmeisen Baumkrone und Borte durchforschen; sie sind mitten in der Arbeit, schnuppern auch herum und saugen Wasserlämmer und Insekten auf, wo sie ihrer habhaft werden.

(Fortsetzung folgt.)

haben nur. Die Strafe kennt solche Dinge nicht. Aber Kinder gibt es hier, Kinder, vom Baby, das auf seinen krummen Beinchen noch kaum stehen kann, bis zum beinahe schulpflichtigen, das seine kleinen Geschwister betreut, trifft man alle Altersstufen. Da sitzen sie auf einem Treppenaufgang, dort stehen sie im Haustor; ein kleines Mädchen mit dünnen, steif gestochenen Söpschen fährt stolz fahrend einen Puppenwagen, in dem eine nackte Puppe ohne Arme liegt. Was wird aus diesen Kindern, die hier aufwachsen, die nichts sehen als Höflichkeit? Werden sie je das Schöne nachsehen lernen, werden sie je die Kraft haben, daran zu glauben? Es ist qualvoll, darüber nachzusinnen.

Da sitzt eine Gruppe, zwei Knaben und ein Mädchen, alle etwa vier- bis fünfjährig, in ein Schaufenster. Was hält sie fest? Ich trete heran — eine Farbenhandlung ist's: in der Mitte ein Plakat mit einem Stern in allen Regenbogenfarben, dessen Strahlen von Fingern gebildet werden; rechts und links Gläser mit Farbpulvern. Diese haben es den Kindern angetan. „Ich nehme das blaue und dann streiche ich unsere ganze Stube damit an“, kräht der eine Junge. „Unsere Tapete hat Rosenränder, das ist viel feiner“, trumpft der andere auf. Das kleine Mädchen, das zwischen ihnen steht, packt sie beide am Arm: „Und ich will das gelbe!“ „Du?“ Zwei erstaunte Kinderstimmen fragen es. „Was willst Du denn damit? Du kannst doch nichts anstreichen?“ „Stich so will ich es! Weißt's schon ist!“ Damit hat die Kleine die Zauberformel gefunden. Ein Streit hebt an: „Und ich will das!“ „Und ich das!“ „Rein, das ist schöner!“ — Es dauert sehr lange, bis sie sich auf drei Farben geeinigt haben, die „alle schön sind“. Dann erst bemerken die Kinder mich und verstummen plötzlich. — Mir ist ganz leicht ums Herz geworden.

Die Pfingstreisen.

Auch Sonderzüge für den Ausflugsverkehr.

Für das Pfingstfest hat die Reichsbahnverwaltung für eine glatte Bemächtigung des gesamten Verkehrs weitgehende Vorbereitungen getroffen. Die regelmäßig verkehrenden Schnell- und Personenzüge werden verstärkt. Züge, die sich des größten Zuspruchs zu erfreuen pflegen, werden durch Vor- und Nachzüge entlastet. Deshalb empfiehlt es sich, möglichst früh vor Eintritt der Reise auf dem Bahnhof zu sein. Eine Anzahl Züge ist vorübergehend eingelegt. So verkehren u. a. ab 29. Mai 1925 auch die gern benutzten Eilzüge Berlin—Wagdeburg—Bad Harzburg und zurück wieder. Da die Fahrarten eine viertägige Gültigkeit dauern, wird dringend empfohlen, schon beim Beginn der Reise die Fahrkarte für die Rückfahrt mitzubringen, wenn mit der Rückreise innerhalb der viertägigen Gültigkeitsdauer der Fahrarten zu rechnen ist. Die Sonntagsruckschiffahrten gehen vom Freitag, den 29. Mai 1925 (mittags 12 Uhr) bis einschließlich Pfingstmontag, den 1. Juni 1925. Sie können innerhalb dieser Geltungsdauer an jedem Tage zur Hin- und Rückfahrt benutzt werden, jedoch muß die Rückfahrt spätestens vor Mitternacht vom 1. zum 2. Juni 1925 angetreten sein.

An den beiden Pfingstfeiertagen und weiter an allen Sonntagen verkehren verjüngert von den Ferngleisen der Stadtbahn zur Bedienung des Ausflugsverkehrs nach Fingstsee, Hangelberg und Fürstenwalde folgende Sonderzüge: Erster Zug: Charlottenburg ab 7.28 vorm., Zoologischer Garten 7.44, Friedrichstr. 7.49, Alexanderplatz 7.55, Schleißer Bahnhof 8.01, an Fingstsee 8.50, an Hangelberg 8.50, an Fürstenwalde 9.04. Zweiter Zug: Charlottenburg ab 12.06 nachm., Zoologischer Garten 12.12, Friedrichstr. 12.27, Alexanderplatz 12.33, Schleißer Bahnhof 12.40, an Fingstsee 1.19, an Hangelberg 1.29, an Fürstenwalde 1.43. Rückzug: Fürstenwalde ab 8.35 nachm., Hangelberg ab 8.55, Fingstsee ab 9.05, an Schleißer Bahnhof 9.42, Alexanderplatz 9.50, Friedrichstr. 9.57, Zoologischer Garten 10.14, Charlottenburg 10.20. Die Sonderzüge gelten als Vorortzüge und sind auf Vorortkarten benutzbar. Sie halten sämtlich nicht auf den Stationen zwischen Schleißer Bahnhof und Fingstsee.

Alles um 15 Pfennig.

Wegen eines „gemeingefährlichen“ Vergehens gegen die Berliner Straßenbahn hatte sich vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte der Kaufmann K. zu verantworten. Die Anklage lautet gemäß § 163 StGB. auf verletzten Wert. Ueber den Tatbestand lagte der Aufzichtsbeamte H. etwa folgendes aus: „Ich beobachtete eines Tages den Angeklagten an der Haltestelle Landsberger Allee, Ecke Elbinger Straße, wie er sich nach an der Erde liegenden Fahrkartenscheinen bückte, sie aufhob, besah und wieder wegwarf, da sie wahrscheinlich schon abgesehen waren. Er ließ dabei immer sein Taschentuch fallen, um etwaigen Beobachtern den wahren Grund des Bückens zu verbergen. Nach einer halben Stunde hatte er anscheinend einen brauchbaren Schein gefunden und bestieg damit einen Wagen der Linie 66 in Richtung Alexanderplatz. Ich bestieg denselben Wagen und verlangte nach zwei Haltestellen, als der Schaffner den Schein entwertet hatte, diesen zur Kontrolle. Als ich dem Angeklagten sagte, er hätte den Schein von der Erde aufgehoben, verneinte er das entschieden. Ich ließ ihn dann, nachdem er sich wohl einen neuen Fahrchein löste, aber die Strafgebühr von 45 Pfg. nicht zahlen wollte, feststellen. Ein jugendlicher Zeuge hatte ungefähr das Gleiche ausgesagt. Der Angeklagte bestritt bestimmt, Fahrcheine aufgehoben zu haben und vor allem, auf einen solchen gefahren zu sein. Er hätte an der Haltestelle auf einen Freund gewartet und sich wohl auch einige Male gebückt, um an seiner Fußbekleidung etwas zu ordnen. Als sein Freund nicht kam, habe er die Bahn bestiegen und einen Fahrchein entwertet lassen, den er sich vorher auf der Linie 9, vom Birchow-Krankenhaus kommend, gelöst hatte. Nur um keine Scherereien haben zu wollen, löste er sich auf Verlangen des Kontrolleurs einen neuen Fahrchein. Eine Strafgebühr von 45 Pfg. wollte er aber nicht zahlen, da er sich unschuldig fühlte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Andersen, teilte dem Gericht mit, daß ihm von einem im Zuschauerraum Anwesenden Anwesenden gesagt worden sei, der Aufzichtsbeamte hätte den jugendlichen Zeugen auf der Toilette beeinflusst. Der Aufzichtsbeamte bestreitet aber, dies in der Form getan zu haben, wie es ihm der Verteidiger vorwirft. Das Gericht hörte sonderbare Beweise den neuauftauchenden Belastungszeugen nicht an und verurteilte den Angeklagten zu 40 Pfg. Geldstrafe. Er gedenkt gegen dieses Urteil Berufung einzulegen. — Alles um 15 Pfg.

Deutscher Humor in schwerer Zeit.

Der „Total-Anzeiger“ ist bekanntlich das Zentralorgan für die geistig Kinderbeimittelten der Reichshauptstadt. Es ist, was unbekannt bleiben mag, ungewöhnlich heiß, und der Sommer hat mit Verbe eine Woche zu früh eingeleitet. Weniger standhafte Gemüter legt diese Tropentemperatur allerdings erheblichen Gefahren aus. In den Geschäftsräumen des „Total-Anzeigers“ scheint der Wärme-

grad verheerende Folgen gezeitigt und die Gemüter des treudeutschen Spektakelorgans in eine Art Hundstagsstimmung versetzt zu haben. Das offenbar ein Werbeplakat des Blattes, das jetzt die Litschläulen zielt und in dem es heißt: Die letzten Wahlen haben bewiesen, daß die Politik des „Total-Anzeigers“ die richtige ist. Darum lese um. Sieh mal einer an! Mit welcher überraschenden Sensation die Reklamehefts des Zimmerstreifenpapiers aufwarten können. Sollen wir uns so schamlos geirrt haben? Oder hielt es nicht in einer Plakatierung der deutsch-nationalen Monarchisten: wie voll tiefer, ergreifender Begeisterung. In Berlin ist, wie die letzten Wahlen deutlich erwiesen haben, die nationale Bewegung leider noch sehr im Rückstand... Wir sehen diesem Streit mit einigem Schmunzeln zu. Wer hat nun recht? Die weinenden Deutsch-nationalen oder der frohlockende „Total-Anzeiger“? Lassen wir sie das unter sich ausmachen!

Der Gattenmord in Weiskensee.

Geständnis des Täters.

Zu dem erschütternden Fall eines Gattenmordes in Weiskensee, über den wir bereits im gestrigen Abendblatt berichteten, wird noch ergänzend gemeldet:

Der 45 Jahre alte Arbeiter Albert Kaniz aus der Kronprinzenstraße 10a in Weiskensee erschien gestern früh um 4 Uhr auf dem Kriminalbureau des zuständigen Richters und teilte mit, daß seine Frau sich das Leben genommen habe. Auch er habe die Absicht gehabt, sich zu töten. Nachdem aber seine Frau den Kopf in die Schlinge gesteckt habe und erstickt sei, habe er es nicht fertig gebracht, es ihr nachzumachen. Kaniz wurde bis zur Aufklärung auf der Wache festgehalten. Die Kriminalpolizei begab sich nach der Wohnung und fand die Leiche der Frau in der Küche neben dem Gasherd an einem in die Wand geschlagenen Nagel. Ein Arzt stellte fest, daß die Angabe des Ehemannes unrichtig war. Frau Kaniz war nicht erst in dieser Nacht gestorben, sondern schon mindestens zwei Tage tot. Als der Kommissar das dem Ehemann vorhielt, legte er das Geständnis ab, daß er seine Frau bereits am Dienstag ermüdet und sie dann aufgehängt hat, um Selbstmord vorzutäuschen. Was ihn dazu bewogen hat, sagt er nicht klar. Aus seinen Äußerungen ist aber zu entnehmen, daß er von seiner ersten Frau, von der er geschieden wurde, wegen der Alimentenzahlungen wiederholt gedrängt wurde. Wie es scheint, machten ihm diese Zahlungen immer größere Schwierigkeiten. So kam er wohl auf den Gedanken, seine zweite Frau zu beseitigen und sich mit der ersten wieder zu vereinen. Das Ehepaar lebte in sehr dürftigen Verhältnissen. Die Wohnung enthielt nur eine einzige Feldbettstelle und kaum etwas von den allernotwendigsten Einrichtungsgegenständen. Die ermordete Frau Minna geb. Kister war 40 Jahre alt und stammte aus Steffin. Die Ehe bestand seit fünf Jahren. Kaniz wurde verhaftet und vorläufig nach dem Polizeipräsidium gebracht. Er wird wegen Mordes dem Untersuchungsrichtergehörig vorgeführt werden.

Der „Filmdirektor“.

Zu höherem fühlte sich ein ehemaliger Lehrling und späterer Gelegenheitsarbeiter Bresse berufen. Er ging zum Theater. Mit einer Schmiere reiste er in der Provinz herum und betätigte sich als jugendlicher Liebhaber und Dekorationsmaler. Dann aber wollte er auch in der Reichshauptstadt eine Rolle spielen und kam nach Berlin. In den Zeitungen erließ er Inserate, daß für ein großes Filmunternehmen Schauspielkräfte und Personal gesucht werden, obwohl die ganze Filmgesellschaft nur in seiner Phantasie bestand. Es meldeten sich auch viele Leute. Bresse hatte aber nicht vergessen, als Bedingung für das Engagement die Stellung einer Kaution zu verlangen und dabei war er wenig bescheiden in seinen Ansprüchen. Die Kaution sollte 300 Mk. betragen. Er begnügte sich aber dann auch mit weniger und ging sogar in einem Fall bis zu 10 Mk. herab. Ein junger Mann, der auch gern Filmschauspieler werden wollte, zahlte ihm den Betrag. Etwas mehr erhielt er von einem anderen, der Sekretär bei der Filmgesellschaft werden wollte. Eine junge Dame erhielt von dem Angeklagten ein Schreiben, in dem es hieß: „Nach Erkundigungen über ihr Aussehen bei einer Nachbarin bin ich fest entschlossen, sie für meinen Film zu engagieren.“ Das Engagement scheiterte aber daran, daß die vorstichtige Dame nicht bereit war, die Kaution zu stellen. Auch eine Filmchute gründete Bresse und ließ sich von einem Jungling das Schulgeld im voraus zahlen. Dieser hörte dann ebenso wenig wie das engagierte Personal etwas von der Sache, so daß es gegen den unternehmungslustigen, erst 24 Jahre alten „Filmdirektor“ zu einer Betrugsanzeige kam. Obwohl er sich vor dem Schöffengericht Mitte damit zu verteidigen suchte, daß er viele Zusagen von Kapitalisten für eine Beteiligung an seinem Filmunternehmen gehabt habe und daß die Auszahlung der Gelder sich nur verzögert hätte, kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß er sich in mehreren Fällen des vollendeten und verletzten Betruges schuldig gemacht hätte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 5 Monaten Gefängnis.

Freispruch in einem Wasserwerkesprozeß. In der von der Stadt Heftstedt veranlaßten Wasserwerkesprozeß gegen die beiden Vorstandsmitglieder der Continentalen Wasserwerks-Gesellschaft, Ohler und Off, hat die Erste Strafkammer des Landgerichts I Berlin am 19. September 1924 ein freisprechendes Urteil gefällt. Die Staatsanwaltschaft hat gegen dieses Landgerichtsurteil Revision eingelegt; das Reichsgericht hat diese Revision am 14. Mai verworfen, wodurch das freisprechende Urteil rechtskräftig gemeldet ist.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 29. Mai.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4.30—6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. 6.30 Uhr abends: Zahn Minuten für die Frau („Gesellschaftsessen“). 6.40 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Gartenbau. Gartenbaudirektor Moermann: „Der Gemüsegarten“. II. Teil. 7 Uhr abends: Wege zum Wissen: „Die Schwingen des Ikarus“. 7.30 Uhr abends: Sinfonie. Abteilung Oper. Leitung: Cornelis Bronsgeest. Mailänder Opern-Stationen. XXII. Sinfonie. „Don Pasquale“, Komische Oper in drei Teilen von Gaetano Donizetti. Dirigent: Maestro Egisto Tango. Don Pasquale: Signor Michele Fiore; Doktor Malatesta: Signor Giulio Fregosi; Ernesto: Signor Marcello Govoni; Norina: Signora Anna Maria Guglielmetti. Ein Notar, mehrere Bediente, ein Haushofmeister, eine Putzmaacherin, ein Friseur. Die Handlung spielt in Rom. Anschließend: Drittes Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Waldbrand bei Grünau.

50 Morgen Kiefernsonne vernichtet.

Ein größerer Waldbrand, der offenbar durch Unachtsamkeit von Spaziergängern entstanden ist, beschäftigte am gestrigen Donnerstag die Feuerwehren von Niederhämmeide, Bohnsdorf, Adlershof, Rudow, Schmiedewitz und Karolinenhof.

Gegen 11 Uhr vormittags wurde der Brand vom Freibad Rüggessee aus bemerkt, und auf den Alarm der Grünauer Polizeiverwaltung eilten die Feuerwehren, unterstützt durch Waldarbeiter der zuständigen Försterei, nach „Richtershorn“. Schon nach kurzer Zeit hatte der Waldbrand bereits ein Gebiet von 90 000 Quadratmetern oder 50 Morgen erfaßt. Von den Flammen waren zumeist Kiefernsonnen im Alter von 15 bis 20 Jahren erfaßt worden, und infolge der ungeborenen Trockenheit der letzten Wochen breitete sich der Brand schnell aus. Man mußte sich darauf beschränken, durch Ausheben von Gräben und provisorisch aufgeworfene Wälle die benachbarten älteren Waldbestände vor einem Uebergreifen des Feuers zu schützen. Erst nach mehrstündiger angestrengter Arbeit gelang es, den Brand zu lokalisieren, und in den Nachmittagsstunden konnten dann die Feuerwehren wieder abrufen. Offenbar ist der Brand durch eine Abteilung jugendlicher Wanderer verursacht worden, die in den Vormittagsstunden in der Nähe der sogenannten „Bammelecke“ beim Abkochen beobachtet worden sind.

Das Ende der alten Reichsbanknoten.

Um jedem Zweifel zu begegnen, sei darauf hingewiesen, daß der Banknotenaufruf, den die Reichsbank am 5. März 1925 befohlen gegeben hat, sämtliche Reichsbanknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. Oktober 1924 liegt, soweit sie nicht bereits ausgetauscht waren, umfaßt. Hinsichtlich dieser Noten besteht keinerlei Unterschied; insbesondere besteht kein Unterschied zwischen Noten, die vor dem Kriege und solchen, die nachher ausgegeben worden sind. Auch die rot gestempelten 1000- und 100-Mark-Noten fallen unter den Aufruf. Die Meinung, daß diese letzteren Noten einen besonderen Wert hätten, ist irrig. Mit Ablauf des 5. Juni 1925, also in aller nächster Zeit, verlieren die ausgetauschten Noten ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Tage an werden sie nur noch bei den Reichsbankkassen gegen gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht. Vom 5. Juni 1925 an sind sie völlig kraftlos.

Am Sonntag, den 30. Mai und Dienstag, den 2. Juni findet keine juristische Sprechstunde statt.

Die Hilfsaktion für Amundsen.

New York, 28. Mai. (E.B.) Die Hilfskommission für Amundsen hat am ersten Tage der öffentlichen Sammlung 465 000 Dollar zusammengebracht. Am Sonntag werden drei Flieger, darunter der Weltflieger Smith, an Bord des Dampfers „Ravaro“ nach Spitzbergen abreisen, um von dort in Flugzeug auf die Suche nach Amundsen zu gehen. Der Dampfer einer Polarmarettfirma, der sich in der Behringstraße befindet, hat Befehl erhalten, die Küste von Alaska abzufahren, um eventuelle Spuren von Amundsen aufzufinden, sofern dieser die Reise über den Nordpol nach Alaska fortgesetzt haben sollte.

Sport.

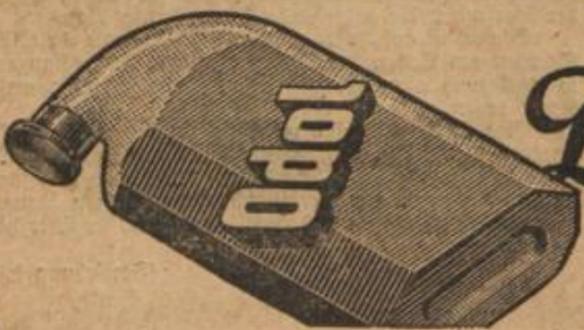
Kennen zu Grünwald am Donnerstag, den 28. Mai.

1. Rennen. 1. Gondurth (R. Diehl), 2. Diamant (H. Verlug), 3. Ballonetta (Diehl). Toto: 13; 10. Platz: 14, 15, 22; 10. Ferner liefen: Logus, Georg, Schindl, H. Gählein.
2. Rennen. 1. Oriental (Dietz), 2. Armanera (H. Gählein), 3. Adalsteinmann (Häuser). Toto: 22; 10. Platz: 12, 11; 10. Ferner liefen: Diogenes, Karawants.
3. Rennen. 1. Raubbold (Dr. Staudinger), 2. Zentrifugal (Braune), 3. Adalsteinmann (H. Gählein). Toto: 40; 10. Platz: 17, 21; 10. Ferner liefen: Villenstein, Silbert, Carlsgazene.
4. Rennen. 1. Bahar (H. Müller), 2. Impressario (Dietz), 3. Hippio (Krause). Toto: 26; 10. Platz: 12, 11, 12; 10. Ferner liefen: Balence, Kanville, Rabel, Grogale.
5. Rennen. 1. Tiddel (Dauter), 2. Raubritter (Dietz), 3. Winenbol (Görler). Toto: 55; 10. Platz: 14, 12, 14; 10. Ferner liefen: Martini, Luso d'avis, Ribbel, Stradell, Kalacara.
6. Rennen. 1. Ello (Krause), 2. Landbrost (Dietz), 3. Rumpitz (H. Kuhnle). Toto: 45; 10. Platz: 15, 22, 13; 10. Ferner liefen: Almand, Triballhol, Hager, Janila.
7. Rennen. 1. Hollender (H. Wehler), 2. Waldring (Dr. Walter), 3. Dribl (H. Borde). Toto: 104; 10. Platz: 20, 15, 34; 10. Ferner liefen: Lot di Dainto, Pautenschlager, Rasolbr, Doktor Rabuse, Kurfürst, Sport-Dei.

5 Trümper am 2. Pfingstfeiertag auf der Olympia-Rodrennbahn. Der nächste Renntag, der am 2. Pfingstfeiertag stattfindet, verspricht recht ansprechenden Sport. Das Hauptrennen des Tages, das über eine Stunde läuft und 5 Trümper* besteht, ist, bringt zunächst ein neues interessantes Treffen zwischen dem Meister der Olympia-Rodrennbahn Walter Sawall und dem nach seinem früheren Schicksal wieder voll auf dem Boden befindlichen Meisterlehrling Karl Saldow. Auch die weiteren Teilnehmer, der Frankfurter Jean Beitz und der Schweizer Begmann, sind auf der Olympia-Rodrennbahn immer gern gesehene Fahrer, die durch ihre Angriffsstärke und tapferes Fahren ihren vielen Fans einen noch eine Enttäuschung bereitet haben. Als fünfter Teilnehmer kommt der Amerikaner Gaffney am Ablauf, der hiermit zum ersten Male auf der Olympia-Rodrennbahn startete. Auch dieser ist ein äußerst schneller Fahrer, was seine in letzter Zeit bestrittenen Rennen zur Genüge beweisen. Zu den Fliegerrennen liegen bereits Rechnungen laut der gesamten Berliner Flieger vor. Die Rennen beginnen um 8 1/2 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Kies, der Berufsvereinspark der Berliner am Schloßpark, veranlaßt am 1. und 2. Pfingstfeiertag, morgens 8 Uhr, ein großes Frühkonzert mit einer Kapelle von 40 Mann. Trotzdem alle Anstrengungen zu wachen Betriebe sind, ist der Eintritt mit 50 Pfennigen so vollständig, daß jedermann diese Veranstaltungen besuchen kann. Erholung und Vergnügen zugleich finden die Besucher vereint in diesem Park, der als früherer Landesausstellungsplatz als einzige grüne Insel im Zentrum der Steinwüste Berlins zu bezeichnen ist.
Der Ballhaus-Garten am Weinbergweg wird am Pfingstsonntag früh 6 Uhr eröffnet. Der Garten ist einem unvollständigen Umbau unterzogen worden und wird mit seinen herrlichen, neuzeitlichen Terrassenanlagen eine Sehenswürdigkeit Berlins bilden. An beiden Pfingsttagen finden früh 6 Uhr Frühkonzerte, außerdem täglich von 4 bis 7 und ab 8 Uhr große Konzerte der bekannten Künstlerkapelle Gubas Gesellschaft statt. Ein Berufsvereinspark local für Ballhaus-Garten aller Art, so daß ein Aufenthalt im Ballhaus-Garten, der unbedingt in seinem heutigen Zustand als der schönste Garten Berlins bezeichnet werden darf, sehr zu empfehlen ist.
Gasthaus Friedrichshagen veranstaltet wieder an beiden Pfingstfeiertagen in seinem vollständig neu renovierten Naturgarten große Früh- und Nachmittagskonzerte bei herrlichen Orchester. Außerdem sind Spezialitäten, wie das Roman-Ballett, die komischen Hrosolen & Salons, die allabendliche Tanznummer der 2. Kammer, der urkomische Clown Gagen u. a. besonders hervorzuheben. An den beiden Nachmittagen sind noch Spezialkonzerte der beiden Männerchöre Berlins im Programm aufgenommen. Alles für den Eintrittspreis von 50 Pf. an den beiden Nachmittagen sowie 2. Freitag früh.



Das gründliche Mundwasser



STADT DES VORWÄRTS

BEILAGE

Aus den Bezirken.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der Kreisvertreterversammlung vom 26. Mai gab der Kreisvorsitzende Genosse Döhner in seinem Geschäftsbericht einen Rückblick auf die im letzten Geschäftsjahr geleistete Arbeit. Mit Genugtuung können die Funktionäre und tätigen Mitglieder des Kreises zurückblicken. Am 4. Mai 1924 erhielt die SPD. 24 Proz. aller Stimmen, ein Tiefstand, zurückzuführen auf verschiedene sich ungünstig auswirkende Momente. Am 7. Dezember waren es schon 35 Proz., die auf unserer Liste zu verzeichnen waren. Am 29. März, zur ersten Reichspräsidentenwahl, steigerten sich abermals unsere Stimmen, so daß wir über 40 Proz. aller abgegebenen Stimmen mußten konnten und auch die Zunahme des Volksblocks am 6. April um weitere 13 000 können wir als Erfolg der intensiven Arbeit der Parteigenossen buchen. Während noch im Wahlkampf des vorigen Jahres die Kommunisten unsere Versammlungen störten und zu Sprengern verjagten, haben wir nunmehr auch im Kreise Mittel und Wege gefunden, diesen Kämpfern mit allen Mitteln zu begegnen. Eine für die Mitglieder der SPD-Sprengkolonne recht „fahrbare“ Lehre hat auf dieselben erzieherisch gewirkt. Im Verhältnis zur Steigerung unserer Stimmen steht auch eine stetig steigende Mitgliederzahl. Unser Hauptaugenmerk müssen wir richten auf die Gewinnung der Frauen und vor allem der jugendlichen Arbeiterkinder, damit der Partei frisches Blut zugeführt wird. Die nächste Aufgabe sei, unsere Organisation, das Kampfinstrument gegen die Reaktion und gegen die Zollmüchler, weiter auszubauen und unüberwindlich zu machen. Die Frauenleiterin Genossin Kay gab ein für die Entwicklung der Frauenbewegung des Kreises sehr günstiges Bild. Die Diskussion war lebhaft und anregend. Der Kreisvorstand mit den Genossen Döhner und Raderholz als Vorsitzende wurde wiedergewählt. Mit einer Erinnerung an den vor 50 Jahren stattgefundenen Einigungsparteitag in Gotha wurde die Konferenz beendet.

6. Bezirk — Hallesches Tor.

Die letzte Bezirksversammlung beschäftigte ein von der SPD. im Verein mit Demokraten und Zentrum gestellter Dringlichkeitsantrag, der sich gegen einen Beschluß der großen Tiefbaudeputation wandte, demzufolge ein großer Teil des herrlichen Baumbestandes und ein Teil der Vorgärten in der Straße der Hallesche einer Straßenerweiterung zum Opfer fallen soll. Als vor etwa Jahresfrist bei Beginn der Nord-Südbahnstreckung ebenfalls der Plan bestand, die Bäume zu entfernen, wurde dies durch Pazifizierung des Kreuzberger und Neuköllner Bezirksamts verhindert. Es ist zu hoffen, daß zur Erhaltung eines der schönsten Straßenschnitte des Südwestens aus Grund der erneuten Proteste der Beschluß der Tiefbaudeputation revidiert wird. Die Bezirksversammlung stimmte einem Projekt des Bau- und Gartenamts, das die Umgestaltung des Belle-Alliance-Platzes bezweckt, zu und bewilligte die notwendigen Mittel, die auch inzwischen von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt wurden. Geplant ist eine Verkleinerung der um den Platz führenden Straße und ihre Aufspaltung. Die gewonnenen Flächen sollen zu einer Verbreiterung der Grün- und Parkanlagen verwendet werden. Dem Bezirksamt wurden vom Reichsleiter Zuckert 38 Bilder von historischen Szenen und Winkeln aus Alt-Berlin überlassen, die laut Vertrag nach dem Tode des Stifters dem Bezirksamt als Eigentum zufließen. In einem Antrag ersuchte unsere Fraktion das Bezirksamt, bei dem Magistrat gegen den Einspruch vorstellig zu werden, den dieser gegenwärtig bei dem preußischen Unterrichtsministerium wegen die Wahl des Studienrats Dr. Reiter zum Direktor der Arndt-Realschule erhoben hat. Genosse Dr. Witte wies in der Antragsbegründung darauf hin, daß kein Mitglied des Berliner Bezirksausschusses etwas gegen die Eignung Dr. Reiters vorgebracht habe und daß dieser nach allen Umständen zur Leitung einer Realschule geeignet sei; hinter der gegen Reiter entfalteten Agitation stehe ein durchgefallener Rivale. Selbst der Obmann des Elternrats der Schule, der gegen die Wahl Reiters protestierte, habe sowohl in dem Provinzialschulkollegium als auch vor dem Schiedsamt erklärt, daß er keine Angaben nicht mehr aufrecht erhalte und daher Reiters Wahl nicht mehr bekämpfen werde. Genosse Witte führte weiter aus, daß Dr. Reiter mit 35 Jahren nicht zu jung zur Schulleitung sei. Der Unabhängige Boole unterstrich dieses Ausführungen mit treffenden Gründen. Der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete und Stadtverordnete Lehrer Schulze wußte gegen die Ausführungen nichts vorzubringen. Ein von ihm gestellter Antrag auf Ueberweisung der Angelegenheit an einen Ausschuß wurde angenommen.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Der dringende notwendige Bau eines neuen Straßenbahnhofs hat in Charlottenburg große Erregung hervorgerufen. Das für diesen Zweck von der Groß-Berliner Straßenbahn-Gesellschaft zu haben Breiten angekauft Gelände, das begrenzt wird von der Fredericia-, Soor- und Königin-Elisabeth-Straße, ist von allen Parteien der Bezirksversammlung als ungeeignet bezeichnet worden. Die für die Ueberräumung angeführten Gründe sind so durchschlagend, daß sie den Berliner Magistrat veranlassen müssen, den an dieser Stelle geplanten Bau zu verhindern. Es handelt sich um ein geschütztes Wohngebiet. Die frühere Stadterhaltung Charlottenburg hat beschloffen, daß auf dem ganzen Gebiet die Errichtung von Anlagen, die Lärm, Rauch und Ruß entwickeln, verboten ist. Die Hoch- und Tiefbau-Deputation hatte in ihrer Sitzung vom 31. Oktober 1924 den Beschluß gefaßt, das Gelände als reines Wohngebiet zu erklären und in bezug auf die Bauvorschriften dem Willenslande in Westend gleichzustellen. Allerdings ist der Oberpräsident diesem Beschluß bisher nicht beigetreten. Die endliche Sanktionierung dieser stets einstimmig gefaßten Beschlüsse durch den Oberpräsidenten ist dringend erforderlich, denn in unmittelbarer Nähe des Geländes befinden sich die Häuser der Arbeiter-Baugenossenschaft mit ihren musterhaften Wohnungen, in denen

Die Zukunft der Berliner Elektrizitätsversorgung

Bau eines neuen Großkraftwerkes von 200000 Kilowatt Leistung.

In der Berliner Elektrizitätsversorgung steht eine bedeutsame Neuerung bevor. Es handelt sich um den Bau eines Großkraftwerkes in Rummelsburg, am rechten Ufer der Spree, etwas unterhalb des schon bestehenden älteren Elektrizitätswerkes Rummelsburg. Das neue Werk soll im ersten Ausbau mit einer Maschinenleistung von rund 200 000 Kilowatt ausgerüstet werden. In einer Denkschrift an den Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung hat die Direktion der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke A. G. an Hand eines reichen Tatsachen- und Zahlenmaterials ihre Pläne für die zukünftige Ausgestaltung der Berliner Elektrizitätsversorgung niedergelegt. Die Denkschrift basiert zum Teil auf den Eindrücken und Erfahrungen einer kürzlich stattgefundenen Studienreise durch Amerika, an der zwei Mitglieder der Verwaltung der Elektrizitätswerke, Direktor Rehmer und Oberingenieur Rühle, sowie der Unterzeichnete beteiligt waren. Die Städtischen Elektrizitätswerke bedürfen einer

durchgreifenden Erweiterung der Betriebsanlagen.

Diese Erweiterung ist unausweichlich notwendig, wenn die Stromversorgung nicht schweren Zusammenbrüchen mit allen ihren Folgen ausgesetzt sein soll. Nach Einführung des Grundgebührentarifes im April v. J. begann eine lebhafteste Anschlußbewegung, die seitdem nicht mehr zum Stillstand gekommen ist. Noch jetzt werden wochentags zweihundert und mehr neue Abnehmer an das Leitungsgeschäft der Elektrizitätswerke angeschlossen, trotzdem mit dem Sommer entgegengangen, also einer Jahreszeit, die mit ihren langen Tagen der Anwendung elektrischer Beleuchtung nicht günstig ist. In Berlin sind noch Hunderttausende von Haushaltungen für den Bezug elektrischer Energie zu gewinnen, und zwar sind es überwiegend Haushaltungen der weniger bemittelten Klassen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Handwerker, Kleinrentner usw., die sich das billige elektrische Licht mit seiner Annehmlichkeiten zunutze machen wollen. Ähnlich wie bei den Haushaltungen wächst auch bei den gewerblichen und industriellen Betrieben, bei der Straßenbahn usw. die Zahl der Anschlüsse bzw. der Strombedarf. Die starke Aufstrebung ist an sich ein erfreuliches Symptom des wieder aufsteigenden wirtschaftlichen Lebens in unserer Stadt. Die Elektrizitätswerke kommen aber durch die wachsende Belastung in große Bedrängnis, sofern nicht rechtzeitig für Abhilfe gesorgt wird. Im vergangenen Winter haben sich bereits in mehreren Stadtvierteln

Zusammenbrüche der Stromlieferung

ereignet, die verursacht waren durch Ueberlastung verschiedener Teile der technischen Anlagen. Der nächstliegende Gedanke, den wachsenden Bedarf zu decken, wäre, den Fernstrombezug aus den Reichselektrizitätswerken (Schornowiew, Trautenhau und Rautz) zu steigern. Dieser Gedanke soll auch keineswegs von der Hand geworfen werden. Aber erstens ist das Plus an Energie, das die Reichselektrizitätswerke bisher in Aussicht gestellt haben, klein, verglichen mit den großen, in Berlin zu bedrückenden Ansprüchen. Zweitens ist der Preis, der für die zu liefernde Energie gefordert wird, vom Standpunkt Berlins aus betrachtet, durchaus nicht günstig. Drittens liegt es weder im technisch-wirtschaftlichen noch im kommunalen Interesse der Stadt Berlin, daß der gegenwärtige Zustand verewigt wird, wonach zwei Drittel der benötigten Energie aus fremden Stromquellen bezogen und nur ein Drittel in eigenen Werken erzeugt wird. Ein Hauptergebnis der amerikanischen Studienreise ist die Erkenntnis, daß es nicht zweckmäßig ist, eine Stadt von der Größe und Bedeutung Berlins allzu stark von der Stromlieferung aus langen Hochspannungserleitungen abhängig zu machen. Die Studienkommission fand auf ihrer Reise durch Amerika, daß die meisten dortigen Großstädte, wie New York, Chicago, Cleveland, Detroit, Milwaukee, St. Louis, Boston usw., aus Elektrizitätswerken vorzugsweise innerhalb des Reichsbildes der Städte erbaut

waren. An der Praxis, die Kraftwerke im Zentrum der Städte zu errichten, halten die amerikanischen Elektrizitätsunternehmen fest, trotz sehr hoher Grundstückspreise und trotz ungeheurer baulicher Schwierigkeiten, die sie dabei in Kauf nehmen müssen.

Das neue Berliner Großkraftwerk

Im ersten Ausbau mit drei Maschineneinheiten von je 72 000 Kilowatt, insgesamt also mit einer Maschinenleistung von 216 000 Kilowatt ausgerüstet werden. Zum Vergleich sei bemerkt, daß in den zurzeit bestehenden sieben Zentralen der Städtischen Elektrizitätswerke zusammen 32 Maschinen mit einer Gesamtleistung von 195 200 Kilowatt in Betrieb gehalten werden. Die neue Zentrale wird also eine größere Leistung in sich vereinigen als die sieben vorhandenen, zum Teil sehr alten Kraftwerke zusammengekommen. Die neue Zentrale wird hinsichtlich technischer Einrichtungen wie in bezug auf Wirtschaftlichkeit des Betriebes den Vergleich mit den modernsten amerikanischen Kraftwerken aushalten können. Denn es muß bemerkt werden, daß die deutsche Technik durchaus auf der Höhe der amerikanischen steht, wenngleich die Amerikaner, vermöge des viel größeren Reichtums ihres Landes, in der Lage waren, während der letzten Jahre eine Anzahl größerer und modernster Elektrizitätswerke zu schaffen, wie wir dies in dem viel kleineren und ärmeren Deutschland nicht tun konnten. Das neue Großkraftwerk in Rummelsburg wird die einzelne Kilowattstunde mit einer Kohlenmenge erzeugen, die unter zwei Drittel derjenigen Kohlenmenge liegt, die die jetzt vorhandenen städtischen Zentralen für die Erzeugung von einer Kilowattstunde benötigen. Im Personal wird die neue Zentrale, ebenfalls bezogen auf eine erzeugte Kilowattstunde, sogar weniger als ein Viertel der Kopfzahl erfordern, die zurzeit in den Berliner Kraftwerken tätig ist. Die Energieerzeugung in der neuen Zentrale wird also sehr viel wirtschaftlicher erfolgen als dies in den bestehenden Anlagen der Fall ist. Die Berliner Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, daß ihre Interessen von der geplanten Anlage in mannigfacher Weise berührt werden. Zunächst kommt das Interesse der Arbeiter als Verbraucher, d. h. als Stromabnehmer in Frage. Die Einführung der Elektrizität in die Arbeiterwohnungen bedeutet eine kulturelle, in besonderer eine hygienische Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Dann aber berührt die Errichtung des Werkes auch die Interessen der Arbeiter als Produzenten, indem bei der praktischen Ausführung einer so großen Anlage viele und verschiedenartige industrielle und hausgewerbliche Arbeitskräfte beschäftigt und Verdienst finden. Schließlich bedeutet die neue Zentrale auch für die Arbeiter und Angestellten der Städtischen Elektrizitätswerke selbst eine Ausdehnung ihres Beschäftigungsfeldes und eine neue Aufstiegsmöglichkeit. Die Direktion der Elektrizitätswerke hofft, wenigstens einen Teil der neuen Maschinenleistung bis zum Eintritt des Winters 1926/27 in Betrieb nehmen zu können. Dieser Termin muß auch eingehalten werden, wenn die Elektrizitätswerke im Winter 1926/27 nicht in schwere Katastrophen geraten sollen. Allerdings müssen dann die Arbeiten für das neue Kraftwerk sofort in Angriff genommen werden. Es darf keine Zeit mehr verloren gehen. Der Aufsichtsrat der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke A. G. hat bereits in seiner letzten Sitzung mit der Erbauung des Großkraftwerkes sich einverstanden erklärt. Insbesondere muß anerkannt werden, daß der Oberbürgermeister, der der Vorsitzende des Aufsichtsrates ist, in klarer Erkenntnis der Dringlichkeit und Gefährlichkeit der Sachlage, sich für den Gedanken des eigenen Werkes energisch eingesetzt hat. Dem Magistrat wie der Stadtverordnetenversammlung liegt nunmehr die Bewilligung der erforderlichen, sehr erheblichen Geldmittel ob. Es bleibt zu hoffen, daß die beiden städtischen Körperschaften sich der großen Aufgabe gewachsen zeigen und rasche Arbeit leisten werden. Dr.-Ing. W. Majerczyk.

14. Bezirk — Neukölln.

Am Montag, den 25. Mai, fand in den Passagierhallen der ordentlichen Kreisvertretertag von Neukölln statt. Gen. Hornisch betonte in seinem Geschäftsbericht, daß das hinter uns liegende Jahr außerordentlich schwer und arbeitsreich war. Während im Vorjahre noch ein gewisser Tiefstand in der Organisation vorhanden war, haben wir in diesem Jahre die Gemisheit, daß es wieder unaufhaltsam aufwärts geht. Nach den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 haben wir unsere Stimmenzahl von Neuwahl zu Neuwahl erheblich steigern können. Am 4. Mai erhielten wir 42 800 Stimmen = 27,4 Prozent der Gesamtstimmen, am 7. Dezember 63 669 = 39,3 Proz. und am 29. März 68 900 Stimmen = 43,8 Proz. Die Kommunisten,

Betrifft
BATSCHARI



Wird rationell geraucht?

Die täglich steigende Nachfrage nach TUFUMA ist nicht nur der Beweis der stetigen Ausdehnung unseres Freundeskreises, sondern auch des wachsenden Verständnisses gerade der TUFUMA-Paucher für die Steigerung des Genusses.

Hierin sehen wir die Bestätigung, dass rationell geraucht wird!

Arbeitgeber und Unfallversicherung

Von August Karsten

Der so überaus mangelhafte Gesetzentwurf über Änderung der Unfallrenten, den die Regierung dem Reichstage vorgelegt hat, läßt die Arbeitgeber nicht schlafen. Sie sehen in diesem Entwurf eine „Gefährdung“ der deutschen Wirtschaft. Die durch den Entwurf eintretenden Rentenänderungen, die eine Erhöhung der augenblicklichen Leistungen fordern, erscheinen ihnen als eine „unerträgliche“ Belastung.

Im „Kompas“, dem Organ der Knappschaftsberufsgenossenschaft, wird gegen den Gesetzentwurf Sturm gelassen. Man hat zwar nichts dagegen, daß die in der Inflationszeit eingeführten einheitlichen Jahresarbeitsverdienste beibehalten und an deren Stelle wieder die wirklichen Jahresarbeitsverdienste der Rentenberechnung zugrunde gelegt werden, aber die dadurch angeblühende Knappschaftsberufsgenossenschaft entstehen Mehrausgaben von 8 Millionen Mark müßten wieder eingepart werden.

Das soll erreicht werden erstens durch Beseitigung der „kleinen“ Renten einschließlich der 20prozentigen. Im Gesetzentwurf sind nur die Renten unter 20 Prozent fallen gelassen worden. Diese außerordentliche Ungerechtigkeit genügt den Herren vom Bergbau also noch nicht. Außerdem wollen sie die Renten von 25 bis 45 Prozent nicht nach einem um die Hälfte gekürzten Arbeitsverdienst berechnen, sondern als Vollrente nur ein Drittel des Jahresarbeitsverdienstes gelten lassen. Weil heute dieser Kategorie Verletzter ein Jahresarbeitsverdienst von 450 M. der Rentenberechnung zugrunde gelegt wird, in der Landwirtschaft sogar nur 324 M. und für landwirtschaftliche Arbeiterinnen 172,50 M., so gebe ein Drittel des wirklichen Jahresarbeitsverdienstes immer noch Renten, die über den jetzigen Renten liegen. Weil heute schon die Renten von 10 und 15 Proz. nicht aufgewertet, sondern nur auf eine Mark vierteljährlich „aufgewertet“ sind und die sogenannten Leichtverletztenrenten heute so sehr niedrig sind, glaubt man, mit diesen Verletzten kurzen Prozeß machen zu können. Fürwahr, ein netter Plan!

Aber auch für die Schwerverbeschädigten kann angeblich die Arbeitgeberschaft nicht das tun, was der Regierungsentwurf verlangt. Diesen Verletzten will man zwar als Vollrente 70 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes geben, an Stelle der bisherigen 66% Proz., aber Kinderzulagen, die ebenfalls diesen Verletzten in Höhe von 10 Proz. der Renten gegeben werden sollen, dürfen nicht den Verletzten gegeben werden, die wenigstens 50 Proz. erwerbsbeschränkt sind. Diese Zulagen sollen vielmehr nur denen gegeben werden, die 66% Proz. erwerbsunfähig sind. Die Verletzten, die weniger als 66% Proz. geschädigt sind, hätten doch immer noch erhebliche Verdienste und benötigten Kinderzulage nicht so sehr.

Den Unfallrentnern aus dem Bergbau muß auch, wenn es nach dem Willen der Bergherren geht, die Knappschaftspension, die die knappschaftliche Pensionsversicherung zahlt, wesentlich gekürzt werden. Die Bergleute sollen zwar die Beiträge zur Knappschaftsversicherung zahlen, aber wenn ihre Arbeitsunfähigkeit durch einen Unfall herbeigeführt ist, dann sollen sie nur geringe Renten für ihre Beiträge erhalten.

Sehr böse sind die Bergherren auch darüber, daß die Dreitelungsgrenze beseitigt werden soll. Die vor dem Kriege bestehende Dreitelungsgrenze ließ Jahresarbeitsverdienste, die mehr als 1800 M. betragen, nicht voll bei der Rentenberechnung gelten und nur ein Drittel des Betrages noch mitberechnen, der über 1800 M. hinausging. Dieses Unrecht wird durch den Regierungsentwurf beseitigt. Das ist für die Bergherren „untragbar“. Sie wollen zwar keine Begrenzung des Jahresarbeitsverdienstes nach unten, wohl aber nach oben.

Auch mit der Abkürzung der Wartezeit sind die Herrschaften nicht einverstanden. Heute tritt die Unfallversicherung erst ein, wenn seit dem Unfalltag 13 Wochen verstrichen sind. Die Regierung will die Unfallversicherung verpflichten, von der achten Woche ab die Leistungen zu übernehmen. In der Kommission des Reichstags ist allerdings darüber hinaus beschloffen worden, daß die Unfallversicherung von ersten Tage an die Leistungen zu übernehmen hat. Die Krankentassen sollen in der ersten Zeit das Heilverfahren und die Renten zahlen, aber ihre Unkosten müssen von der leistungsverpflichteten Berufsgenossenschaft erstattet werden.

Im „Kompas“ wird nun gesagt, durch die frühere Übernahme der Leistungen würden die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften größer. Das trifft nur in einem ganz geringen Maße zu; auf der anderen Seite werden aber den Krankentassen Verwaltungskosten abgenommen. Die frühere Übernahme der Leistungen, so wird weiter ausgeführt, bedeutet eine Belastung der deutschen Wirtschaft. Eine faulere Ausgabe konnte man kaum gebrauchen. Die deutsche Wirtschaft wird doch nicht durch die Arbeitgeber repräsentiert. Zur deutschen Wirtschaft gehören doch in einem mindestens ebenso großen Ausmaß auch die Arbeiter. Wenn aber der Krankentasse Leistungen abgenommen werden, so werden damit auch die Krankentassenbeiträge ermäßigt. Zu den Kosten der Krankentassen müssen aber die Arbeiter zwei Drittel beitragen, während die Kosten für die Unfallversicherung die Arbeitgeber allein aufbringen müssen. Die Arbeitgeber wollen sich also von den Beitragslasten drücken und sie den Arbeitern auflegen.

In dem Artikel wird weiter gesagt, daß die Knappschaftsberufsgenossenschaft durch den Gesetzentwurf an Stelle der gegenwärtig 15 Millionen betragenden jährlichen Lasten, 23 Millionen tragen müsse. Diese Lasten seien aber nicht zu tragen. Wie sieht es mit dieser Last?

Im Jahre 1914 betrauen die Gesamtausgaben der Berufsgenossenschaften 150 Millionen, im Jahre 1924 aber nicht einmal 100 Millionen Mark. Die Nachkriegsausgaben sind für die Arbeitgeber jetzt maßgebend. Trotzdem die Gesetzgebung die Unfallrenten in den letzten Jahren nicht auf Friedenshöhe festgesetzt und die Umstellung der Renten auf Goldmark keine Angleichung an den Friedensstand gebracht hat, halten die Arbeitgeber den jetzigen Zustand für den normalen.

Der Regierungsentwurf ist dringend verbesserungsbedürftig. In seiner jetzigen Form darf der Entwurf nicht Gesetz werden, weil große Härten gegen die Rentenempfänger notwendig wären. Der Regierungsentwurf fordert von den Berufsgenossenschaften nicht einmal eine Gesamtausgabe, die der des Jahres 1914 gleichkommt, obwohl die Zahl der Rentenempfänger eine viel größere geworden ist. Wenn die

Knappschaftsberufsgenossenschaften jetzt eine 50prozentige Steigerung der gegenwärtigen Lasten nach Inkrafttreten der Regierungsvorlage feststellen, so ist das nicht einmal ein Ausgleich unserer Forderung. Wenn im „Kompas“ betont wird, daß die Wirtschaft die Lasten nicht tragen könne, so ist das nichts als eine leere Behauptung. Im Interesse der „deutschen Wirtschaft“ sollen wohl die Unfallverletzten hungern. Der Artikelführer im „Kompas“ würde sicher anderer Meinung sein, wenn er mit einem Armstumpf, mit verlorenem Augensicht oder von inneren Schmerzen geplagt, leben müßte. Er würde sehr schnell umlernen und einsehen, daß die „deutsche Wirtschaft“ verpflichtet ist, für ihre Opfer zu sorgen.

Aber nicht nur die Bergherren, auch die Landwirtschaft rüft gegen die „neue Belastung“ durch höhere Renten aus der Unfallversicherung. Am 1. April hatte der Reichslandbau eine große Zahl „Prominenter“ zusammengerufen, um Stellung zu nehmen gegen die Belastung der „deutschen Wirtschaft“ durch die Sozialversicherung. Es wurde auf dieser Tagung unter Zustimmung der gelassenen Arbeiter-

vertreter eine Entschliebung angenommen, in der verlangt wird, daß die sozialpolitische Gesetzgebung nicht eher weiterarbeiten dürfe, bis die Regierung eine lückenlose Zusammenstellung über die Belastung der Wirtschaft durch soziale Ausgaben vorgelegt habe. Nicht nur die Belastung durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auch die Aufwendungen des Reiches, der Länder, Provinzen und Gemeinden sollen in der Aufstellung enthalten sein. Da eine solche Aufstellung ungeheuer schwer, ja, fast unmöglich ist und auf jeden Fall viel Zeit erfordert, so bedeutet ein solcher Beschluß nichts anderes als die Forderung: Schluß mit der Sozialpolitik! Die Agrarier fordern aber noch mehr. Sie wollen, daß mit der Teilgesetzgebung Schluß gemacht und alle notwendigen Änderungen in einem Zuge beraten werden. Die Ausarbeitung eines solchen Gesetzentwurfes ist heute fast unmöglich. Die Zusammenhänge in der sehr komplizierten sozialen Gesetzgebung sind noch viel zu locker, um einheitliche Normen aufzustellen. Solche Beschlüsse sind daher nichts anderes als Sabotageversuche.

Reichswehrdebatte im Reichstag.

Reichswehrsoldaten als Lohndrücker? — Das Unglück an der Weser.

Reichswehrminister Dr. Gessler führte in seiner gestrigen Reichstagsrede weiter aus:

Nur zu den Dingen, die in der Öffentlichkeit gegenüber der Reichswehr behauptet worden sind. Die Denkschrift der Liga für Menschenrechte enthält keinen Landesverrat, wohl aber ist sie geeignet, Deutschland zu schädigen. Kein Zehntel von dem, wozu wir in der Denkschrift angegriffen werden, sind Dinge, die aus den Bestimmungen des Versailler Vertrages herrühren. Wir würden vieles einfacher gemacht haben, wenn uns nicht das System aufgedrängt worden wäre. Es gibt also hierbei nichts zu verraten. Verhängnisvoll wirkt es nur, daß dieses Material von der uns feindlichen Propaganda aufgegriffen wird. Wir müssen uns doch die Situation klar machen. Für einen Staat, der seine volle Souveränität besitzt, sind diese Dinge unbedeutend. Aber für einen Staat, der in bestimmter Weise völkerrechtlich gebunden ist, können sie gefährlich werden. Die zuständigen Stellen unternehmen alles Mögliche, um diese Dinge zu prüfen und einzugreifen, wo es notwendig ist. Der Redner erwähnt dann einige Vorgänge unter der Regierung Zeigner. Dieser habe in einer Unterredung in Dresden sich vollständig mit der Stellungnahme Gesslers einverstanden erklärt, um später zu behaupten, er besitze Material gegen die Reichswehr. Dieses Material hat er aber nicht hergegeben. Es ist offenbar dasselbe Material des Herrn v. Graefe, das sich von A bis Z als unwahr herausgestellt habe.

Bei der Einstellung in die Reichswehr wird nicht danach gefragt, welchen Organisationen die Leute angehören. Das würde uns sonst als Gesinnungsgeschäftler ausgelegt werden. Der Minister hat auch gar nicht die Möglichkeit, um bei Verfehlungen einzugreifen. In allen schweren Fällen untersteht die Reichswehr dem bürgerlichen Recht, nur in leichteren Fällen dem Disziplinarverfahren. Es ist nicht ein einziger Fall vorgekommen, über den die Presse berichtet hat, der nicht geprüft worden ist. General Seckl muß ich gegen jeden Vorwurf in Schutz nehmen, als ob er ein Mann wäre, der nicht das denkt, was er tut. Als Sie mich im Jahre 1920 vor ein Chaos stellten, habe ich das alte Offizierskorps übernehmen müssen. Das war auch gar nicht anders möglich. Auch Trocki in Rußland hat nichts anderes getan. Ein Heer kann nicht anders als mit Fachleuten aufgestellt werden. Diese Aufgabe, vor die ich gestellt war, habe ich gelöst. Die Reichswehr hat auch Belastungen zu ertragen gehabt. Das eine kann doch aber festgestellt werden, daß keine Verfehlung eingetreten ist. Hat die Reichswehr nach dem Rapp-Bußch jemals in die Politik eingegriffen?

Das Heer, so wie es jetzt steht, ist ein Heer der Republik.

Nun wird von uns ein Heer von Republikanern verlangt. Dann hätte man aber nicht das alte Offizierskorps nehmen müssen, das sich aus Pflichtgefühl zum Aufbau des Staates zur Verfügung gestellt hat. (Beifall rechts.) Ich kenne keine bessere Erziehung zur Republik, als die Erziehung zur Pflichterfüllung. Gemäß pflegt das Offizierskorps die alten Traditionen. Aber auch Sie (zu den Sozialdemokraten) pflegen ihre Geschichte. Ich habe im „Vorwärts“ den hochintelligenten Artikel zum 100. Geburtstag Bismarcks gelesen. Sie haben doch auch die Erinnerung an die 50jährige Wiederkehr der Einigung der Sozialdemokratischen Partei gelebt. Auch wir pflegen die Geschichte, wir sind stolz darauf, unsere Vergangenheit zu haben. Wozu geht es mich an, daß Sie die Behauptung machen, daß es bei uns schlechter geworden ist? Wir haben eine weltgeschichtliche Aufgabe zu lösen gehabt. Wir sind davon überzeugt, daß wir auf dem Wege ruhigen, besonnenen Fortschritts sind. Sie (zu den Sozialdemokraten) wollen über die Republik zum Staat kommen, wir wollen über den Staat zur Republik kommen. Auf einen Zwischenruf von den Kommunisten sagt der Minister: Zu Ihrem Wählrausentwurf will ich mich nicht äußern. Ich trage das Leid des Kollegen Trocki in Rußland. (Heiterkeit.) Es ist schwer, Kriegsmilitär zu sein. In Rußland hat man Trocki wiedergeholt, wenn Sie uns aber los muß, dann kriegen Sie uns nicht mehr zurück. (Heiterkeit.) Das Herr muß aus dem Parteihader herausgehalten werden. Im Jahre 1920 habe ich die Aufgabe übernommen: erstens eine Organisation zu schaffen, zweitens das Heer zur Verfügung zu erziehen. Meine bisherige Arbeit beweist, daß ich diese Aufgabe erfüllt habe. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Coib (Bayer. Sp.) bedauert, daß der Druck der Entente die Rückkehr zu dem Ideal des alten Volksherees mit der allgemeinen Wehrpflicht verhindert.

Abg. v. Ramin (Döfl.) erklärt, daß seine Partei den Wehretat annehmen werde. Die Annahme erfolge allerdings nicht etwa um des Reichswehrministers willen, sondern weil die baltischen Anhänger des Wehrgedankens seien, ebenso wie des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Innerhalb der Wehrmacht sei der einzige Gedanke für die Befreiung Deutschlands vom fremden Joch enthalten. (Beifall b. d. Döfl.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In einer persönlichen Bemerkung geht

Abg. Dipinski (Soz.)

auf die Beschuldigungen ein, die der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner gegen die Leitung der Reichswehr gerichtet hat. Im Jahre 1921, als Dipinski Innenminister in Sachsen war, habe das Reichswehrministerium die sächsische Regierung ersucht, Werbestellen für den obersteleischen Selbstschutz zu errichten. Die sächsische Regierung hat es abgelehnt. Die Drangsal und ähnliche Organisationen drängten sich dann dazu, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Trotzdem Sachien damals 28 Proz. das ganze Reich nur 8 Proz. Arbeitslose hatte, war die sächsische Regierung in der Lage, selbst für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Da diese Organisationen sich auf Aufträge von zentralen Stellen beriefen, wandte sich die sächsische Regierung an den Reichspräsidenten. Im Oktober und November 1920 fanden in Berlin Konferenzen statt, ein Erfolg wurde jedoch nicht erzielt. Im Juli 1922, nach dem Rathenau-Mord, wandte die sächsische Re-

gierung sich nochmals dringend an die Reichsregierung, damit diese Dinge endlich abgestellt werden. Am 5. Januar 1923 ist der Reichsregierung unter Cuno ein sieben Seiten langes Memorandum überliefert worden, in dem alle Vorfälle ausführlich geschildert waren. Darauf ist keine Antwort erfolgt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Trotzdem also dem Reichswehrministerium diese Dinge bekannt waren, hat es eine Untersuchung wegen Landesverrates gegen Zeigner eingeleitet. Ich habe dann in der „Leipziger Volkszeitung“ darüber berichtet, der Erfolg war der, daß gegen den „Vorwärts“, der einen Teil daraus abgedruckt hatte, ein Landesverratsprozeß angestrengt worden ist. Hier ist das Reichswehrministerium eingegriffen, genau so wie in anderen Landesverratsprozessen. Die Darstellung des Reichswehrministeriums ist also irreführend. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Künicker (Soz.):

Wir haben wiederholt lebhaft Klage darüber geführt, daß für die auscheidenden Reichswehrausgehenden keine Möglichkeit besteht, in Zivilberufen unterzukommen. Es werden im Jahre etwa 1000 Mann davon betroffen. Nur ein geringer Prozentsatz davon hat das seltene Glück, sofort einen neuen Beruf zu finden. Regierung und Reichswehrministerium hätten schon längst die Pflicht gehabt, eine angemessene Fürsorge für die auscheidenden Soldaten zu schaffen. Für diese Fürsorgetätigkeit sind im ganzen 14100 M. ausgeworfen worden. Die Fürsorgeoffiziere versehen ihr Amt nicht in zufriedenstellender Weise. Der Chef der Heeresleitung hat in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Wirtschaft, an die man sich gewandt habe, sich bereit erklärte, zu helfen. Die Tagespresse sollte aber zur Aufklärung darüber nicht herangezogen werden, weil das leicht zu Irrtümern Anlaß geben könnte. In Berlin, Stettin und anderen Orten geben sich die Unternehmer in Landwirtschaft und Industrie den Anschein vaterländischer Tätigkeit, in Wirklichkeit wollen sie die auscheidenden Reichswehrsoldaten als Lohndrücker verwenden. Diese Fürsorgetätigkeit muß verschwinden. Die Reichswehr muß sich an die städtischen Arbeitsnachweise und an die gewerkschaftlichen Organisationen wenden. Ich habe den begründeten Verdacht, daß die Wirtschaft ihre Zuswendungen an die Reichswehr nur zu dem Zwecke gemacht hat, um billige Arbeitskräfte zu erhalten. Pflicht des Reichswehrministeriums ist es, den auscheidenden Soldaten eine gute und sichere Zukunft zu sichern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Vertreter des Reichswehrministeriums antwortet, das Ministerium bemühe sich durch besondere Fürsorgeoffiziere auf allen gangbaren Wegen die auscheidenden Reichswehrausgehenden als Arbeitskräfte in Industrie und Landwirtschaft unterzubringen.

Nach Ausführungen der Abg. Neubauer (Komm.), Rönneburg (Dem.) begründet

Abg. Hülsch (Soz.)

die Interpellation der Sozialdemokratie zu dem Reichswehrunglück an der Weser, in der das Reichswehrministerium gefragt wird, was es tun wolle, um die Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern. Zu dem Einzelfall wolle sich der Redner nicht ausführlich äußern, da die Unterjuchung noch nicht abgeschlossen ist. Kennzeichnend für die Art, wie das Reichswehrministerium in solchen Gelegenheiten verfährt, ist aber die Art der Berichterstattung. In dem Berichte über das Unglück findet man nur Widersprüche. Es scheint so, als wenn die ersten Fahrten mit den Pontons ordnungsgemäß vor sich gegangen seien, zuletzt aber scheint es überlastet gewesen zu sein. Offenbar hat man nicht mit der Strömung des Flusses gerechnet, das Ponton hat Wasser gezogen, und dann ist das Unglück geschehen. Der Bericht ist nicht objektiv, sondern er scheint vertuschen und beruhigen zu wollen. Welche Sicherheitsmaßnahmen sind getroffen worden, um ähnliche Unglücksfälle zu vermeiden? Das zu wissen hat nicht nur der Reichstag, sondern das ganze Volk ein Recht. (Beifall bei den Soz.)

Reichswehrminister Dr. Gessler

erwidert, die Heeresleitung habe sofort alle Schritte getan, um die Ursache der Katastrophe aufzuklären. Im Juni wird in öffentlicher Verhandlung vor dem Schöffengericht die Schuldfrage untersucht werden. Von einem irreführenden Bericht könne man nicht sprechen. Der grundsätzliche Fehler der Pontonbestimmung sei der, daß sie nur eingeteilt war für den Kriegsfall, wo man mehr riskieren muß als bei Friedensübungen. Nach dem Unglücksfall sind die Bestimmungen sofort revidiert und weitere Sicherungs- und Schutzvorschriften ausgenommen worden.

Abg. Rödel (Komm.) erklärt, nach seinen Erfahrungen als ehemaliger Pontonier könne er feststellen, daß die Fähre zweifellos überlastet gewesen sei und die Schuld an dem Unglück nicht die Soldaten, sondern die leitenden Offiziere treffe.

Reichswehrminister Dr. Gessler stellt fest, daß in dem Gerichtsverfahren kein Soldat, sondern nur der die Leitung leitende Offizier beschuldigt ist.

Abg. Neubauer (Komm.) behauptet, es sei wiederholt vorgekommen, daß Soldaten mitschwerer Munition und Handgranaten Straßengeräusche machen mußten.

Abg. Brünigghaus (D. Sp.) wendet sich gegen die Ausführungen des kommunistischen Redners

Reichswehrminister Dr. Gessler bestreitet auf Grund der gerichtlichen Nachprüfung die Behauptung des Abg. Neubauer.

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) bezeichnet das Vorgehen des Abg. Neubauer als Demagogie.

Abg. Coib (Bayer. Sp.) widerspricht der Gestalt, worin die Verlegung der Infanterieschule von München nach Dresden vorgehen ist und beantragt deren Streichung.

Abg. Stücken (Soz.) spricht sich für die Verlegung der Infanterieschule nach Dresden aus.

Die Abstimmung wird wegen der schwachen Befehung des Hauses, da die Abstimmung bei Probe und Gegenprobe zweifelsfrei bleibt, auf Vorschlag des Präsidenten Böbe auf eine spätere Gelegenheit verschoben.

Abg. Künstler (Soz.)

wendet sich gegen die Bewilligung von Mitteln für die Anschaffung von Gasmasken. Das sei sowohl nach dem Art. 171 des Verfaller Vertrages unzulässig wie auch aus sachlichen Gründen überflüssig. Schon zu Ende des Weltkrieges habe sich gezeigt, daß Gasmasken nichts nützen, inzwischen habe der Gaskrieg aber solche furchtbaren Fortschritte gemacht, daß Gasmasken dagegen gar keine Hilfe bieten. Das wird auch von militärischen Sachverständigen bestätigt. Der Redner bedauert, daß die Rote über die Abrüstung der Alliierten noch nicht bekanntgegeben worden sei, jetzt wäre die Gelegenheit gegeben, zu untersuchen, was an den Anschuldigungen gegen Deutschland berechtigt ist. Herriot hat behauptet, daß wiederholt an die Reichsregierung Ultimaten gefandt worden seien, der Redner wünscht zu wissen, ob das richtig sei und welche Antworten darauf erteilt worden seien. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichswehrminister Dr. Geßler

ermwidert darauf, daß er auf die letzten Fragen des Abg. Künstler antworten werde, wenn die Rote der Alliierten zur Erörterung stehe. Die Regierung würde es begrüßen, wenn der Gaskrieg, der eine besonders unritterliche Art des Kampfes darstelle, vollständig beseitigt wäre. Aber solange die Alliierten selbst noch technische Kriege führen, haben wir das Recht, wenigstens zur Abwehr Maßnahmen zu treffen. Darüber bestanden allerdings Streitpunkte zwischen der deutschen Regierung und den Alliierten. Ueber den Wert der Gasmasken könne er selbst kein Urteil abgeben, das Haus müsse sich aber darin auf die Sachleute verlassen können. Der eigentliche Reichswehretat ist damit erledigt. Die Beratung des Marineetat wird auf Dienstag, den 9. Juni, vertagt. Mit Pfingstwünschen für die Abgeordneten schließt Präsident Osbe um 1/5 Uhr die Sitzung.

Preussischer Städtetag.

Gegen die Steuervolitik der Reichsregierung. — Probleme der Kommunalisierung und des Städtebaus.

Röln, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Unter sehr zahlreicher Beteiligung wurde am Mittwoch vormittag im großen Saale des Rätter Hofes der zehnte preussische Städtetag eröffnet. Aus ganz Preußen sind Vertreter der Städte erschienen. Auch die übrigen Länder des Reiches haben starke Abordnungen entsandt. Sehr stark ist die Sozialdemokratische Partei vertreten. In der Dienstag nachmittag stattgefundenen ersten Fraktions-sitzung der sozialdemokratischen Delegierten, der vom Parteivorstand die Genossen Stelling und Fehner als Gäste beizuhöhen, nahmen über hundert Parteigenossen teil. Diese Zahl ist durch Nachzügler die erst am Mittwoch eintreffen, noch entsprechend erhöht worden. Die sozialdemokratische Fraktion bestimmte bereits am Dienstag abend die Sprecher der Fraktion zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung und beschloß, Entschlüsseungen zur Zollvorlage und den Steuerfragen einzubringen.

Die erste Entschlüsseung hat folgenden Wortlaut: Der preussische Städtetag erhebt auf entschiedenen Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Zollvorlage. In der in der ersten Instanz in ihrer Auswirkung auf Agrar- und Industrieerzeugnisse geeignet, der Anbahnung handelspolitischer Beziehungen mit dem Ausland hemmend entgegenzuwirken. Sie bedeuten aber auch für die Angehörigen der ärmeren Schichten unseres Volkes eine weitere Herabsetzung ihrer Lebenshaltung, sie bedeuten für zahlreiche Kleinrentner, Sozialrentner und Kriegshinterbliebenen vermehrte Not, vermehrtes Elend. Damit steigern sich die Wohlfahrtsaufgaben für die Gemeinden ins Ungemessene. Sie hemmen die so dringend notwendige Beförderung des heranwachsenden Geschlechts. Der preussische Städtetag behauptet, daß die Reichsregierung diese Vorlage eingebracht hat und erwartet vom Reichstag, daß er ihr die Zustimmung verweigert und den so notwendigen Wiederaufbau nicht verhindert.

Die zweite Entschlüsseung lautet: Der preussische Städtetag wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die bei der Neuordnung der Steuerverhältnisse zugrunde tretenden Bestrebungen, die Gemeindebetriebe und -unternehmungen über das bisherige Maß hinaus zu steuerlichen Leistungen heranzuziehen. Das Ergebnis würde lediglich eine scharfe Erhöhung der Verkehrs-tarife und somit eine weitere Belastung der wertvollen Bevölkerung und des örtlichen Wirtschaftslebens sein. Diese Lasten aber birgt in sich eine Senkung der Kaufkraft der breiten Masse sowie eine schwere Schädigung der Erfüllung sozialer und kultureller Aufgaben wie der Wohlfahrtsbestrebungen der Gemeinden. Der preussische Städtetag hält die Auffassung der Reichsregierung, daß durch die steuerlichen Belastungen gemeindlicher Betriebe der Wettbewerb angetrieben und damit die Produktivität dieser Betriebe gesteigert wird, für falsch. Es handelt sich bei den Gemeindebetrieben in der Hauptsache um Monopolunternehmungen. Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie Verkehrsbetriebe stehen in keinem Konkurrenzkampf mit anderen örtlichen Unternehmungen, bei denen dieselben wirtschaftlichen Voraussetzungen vorliegen.

Der Vorsitzende des Vorstandes des preussischen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Böß-Berlin, eröffnete die Tagung mit kurzen begründenden Worten. Die vom Vorstand vorgeschlagene Geschäftsordnung fand Annahme, nachdem eine Reihe kommunikativer Abänderungsanträge abgelehnt worden war. Dann überbrachten mehrere Ehrengäste dem Städtetag ihre Grüße. Ein kommunikativer Antrag, an erster Stelle die Kulturfrage zu behandeln, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung behandelte Oberbürgermeister Dr. Lücken-Kiel die Frage der Kommunalisierung oder Entkommunalisierung städtischer Werke.

Kommunalisierung oder Entkommunalisierung?

Oberbürgermeister Dr. Lücken schilderte zunächst den historischen Werdegang der Entwicklung in allen Ländern vom privaten zum öffentlichen Betrieb auf dem Gebiete der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung und der Straßenbahnen. Er gab weiter ein Bild davon, wie kurz vor Ausbruch des Krieges die Entwicklung der Ueberlandzentralen in der Richtung gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen führte, schilderte dann den Entwicklungsgang während des Krieges und besonders nach dem Kriege unter der Einwirkung der Sozialisierungsideen und der Inflation. Er behandelte die Schwierigkeiten in den Werken nach der Revolution sowie die finanziellen Hemmnisse in der Inflationszeit, namentlich aber die Kommunalisierung der Stadtverwaltungen und ihrer Betreibungen. Vier neue Formen städtischer Verwaltung stellte der Referent dar: das System der Zwillinggesellschaft (Berlin), das Frankfurter System, das Königsberger und das Leipziger System. Mehr und mehr komme man auf das Leipziger System hin aus, das im Rahmen der Städteordnung eine Verfeinerung der städtischen Betriebe anstrebt.

Nachdem Lücken dargelegt hatte, daß lediglich Zweckmäßigkeits-ermägungen und nicht politische Einstellung entscheidend sein dürften, behandelte er das statistische Material, das von privater Seite herausgebracht worden ist, um die geringere Wirtschaftlichkeit der

städtischen Betriebe nachzuweisen. Lücken kam zu dem Ergebnis, daß dieser Nachweis nicht gelungen ist. Er ging dann kritisch ein auf die Erfahrungen mit den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, die vom städtischen Standpunkt aus stets eine Halbheit blieben und mit ähnlichen Mängeln behaftet seien wie die konzeptionierten Privatunternehmungen. Die neuere Entwicklung bei den Ueberlandwerken scheint nach Auffassung Lückens dahin zu gehen, daß gemischtwirtschaftliche Unternehmungen nur für öffentliche Verbände gebildet werden. Das Königsberger System scheint neuerdings Beanstandungen zu erleiden, insbesondere von den Stadtverwaltungen, denen keine genügende Einwirkung auf die Gestaltung der Werke verbleibe. In Berlin glaube man, mit der dort ins Leben gerufenen Aktiengesellschaft gute Erfahrungen gemacht zu haben. Im wesentlichen unangefochten sei das Leipziger System geblieben, bei dem unter Beförderung der Kommunisierung und Bureaufkräftigung leichtere Formen in der Handhabung der städtischen Werke gegeben sind.

Die Zukunftsentwicklung werde wesentlich beeinflusst von den finanziellen Möglichkeiten und von der Entwicklung des öffentlichen Kredits. Der Bureaufkräftigung werde durch Einräumung einer gewissen Mitbeteiligung der Direktoren zu begünstigt sein. Im übrigen sei in den Betrieben nach betriebswissenschaftlichen Methoden zu arbeiten, und zwar nach amerikanischem Muster. Lücken teilte schließlich das Ergebnis einer neueren Untersuchung in den benachbarten europäischen Ländern mit und ging besonders auf das Wiener System ein, bei dem auf Ueber-schüsse zur Entlastung der Steuerzahler verzichtet wird und die Werke nur für sich selbst wirtschaften. Lücken ist der Auffassung, daß die Entkommunalisierungsbewegung zum Stillstand gekommen ist, nachdem die Währung sich wieder stabilisiert hat.

An den Vortrag schloß sich eine längere Aussprache, in der alle Probleme städtischer Regewirtschaft ausführlich behandelt wurden. Die Debatte endigte mit dem Sieg der städtischen Regewirtschaft über den gemischtwirtschaftlichen Betrieb und jeden privatkapitalistischen Einfluß. Vertreter der verschiedensten Gruppen zeigten sich darin vollkommen einig, wenn es dabei auch die verschiedensten Spielarten gab. Die interessanteste Aussprache, die für die Führung kommunaler Betriebe wertvolle Fingerzeige gab, schloß mit der Annahme der sozialdemokratischen Entschlüsseung gegen die Steuervolitik der Reichsregierung, die den Gemeinden verhängnisvoll werden muß.

Angenommen wurde ferner eine gemeinsame Entschlüsseung der Vertreter der Bauernnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Wirtschaftspartei, für die auch die Vertreter der Sozialdemokratie eintraten. Sie lautet: Die der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas und Elektrizität dienenden Betriebe gehören wie die Verkehrsbetriebe in die öffentliche Hand, und zwar in erster Linie in die Hand der Gemeinden. Die Verwaltung und Betriebsführung ist nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln. Eine Besteuerung dieser Betriebe ist ohne Rücksicht auf ihre Verwaltungsform (Aktiengesellschaften, G. m. b. H. usw.) aus sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gründen unbedingt abzulehnen.

Städtebauliche Probleme.

Der zweite Verhandlungstag wurde eingeleitet mit einem Vortrag des Oberbauamts Rung-Röln über städtebauliche Probleme. Der Vortragende wies mit Nachdruck darauf hin, daß das Problem des Städtebaus das Problem unserer Zeit überhaupt sei. Es bedeute die Alternative: Kampf gegen die Großstadt oder Bejahung und Gestaltung der Großstadt. Die Großstadt ist die charakteristische Lebensform unseres wirtschaftlichen und geographischen Entwicklungszustandes. Es ist kein Zufall, daß die weltwirtschaftliche und weltpolitische Macht der Länder gleichläufig mit ihrer Großstadtentwicklung. Die Gestaltung der Großstadt sucht Dezentralisation innerhalb der Konzentration. Der Gedanke ist die ausgeglichene Sternform des Stadtkörpers. Je naturförmiger unser Leben und wir selbst werden, um so enger werden wir uns wieder mit der Natur verflochten. In den letzten Jahren ist dieser Gedanke von englischen Städtebauern zur Theorie der Trabantenstädte ausgebildet worden. Der Vortragende weist darauf hin, daß man in Preußen im Begriff ist, ein Städtebaugesetz zu schaffen, das die Städte in den Stand setzen soll, die Großstadt zu gestalten. Wir müssen damit rechnen, daß noch schwere Kämpfe um dieses Gesetz entbrennen werden. Er bedeutet in mancher Hinsicht eine Umwälzung des Bodenrechts. Der Redner kritisiert einzelne Bestimmungen des Gesetzesentwurfs und betont, daß die Notwendigkeit der äußeren Stadterweiterung in dem Entwurf noch nicht genügend zur Geltung komme. Im Anschluß daran erläuterte der Redner an Hand von Lichtbildern die Kölner Planungen.

Die Aussprache über den Vortrag gestaltete sich sehr interessant und lebhaft. Für die sozialdemokratische Fraktion des Städtetages nahm Genosse Landtagsabg. Meyer-Sollmann das Wort und betonte, daß die Frage des Städtebaus gleichzeitig eine Frage der kommunalen Bodenpolitik sein müsse. Wenn die Wiedereingebung wirklich kommen soll, dann müsse dafür gesorgt werden, daß die Masse nicht nur Nahrung und Kleidung, sondern auch Wohnungen hätte. Ein freies Volk auf deutschem Boden, das müsse das Ziel unserer fortschrittlichen Siedlungs- und Städtebaupolitik sein.

Mit großer Mehrheit nahm der Städtetag schließlich einen Antrag an, der folgenden Wortlaut hat: „Der Städtetag vertritt den Standpunkt, daß die Lösung der städtebaulichen Probleme unserer Zeit die baldige Schaffung eines preussischen Städtebaugesetzes zur unbedingten Notwendigkeit macht. Er bittet die Staatsregierung, das in Vorbereitung befindliche Gesetzesentwurf im Einvernehmen mit den Städten mit größtmöglicher Beschleunigung zu Ende zu führen.“

Die vom Vorstand vorgeschlagenen Satzungsänderungen, die den Stadtverordneten größere Rechte im Vorstand des Städtetages einräumen, wurden gegen die Stimmen der Kommunisten en bloc angenommen. Dann schloß Oberbürgermeister Böß-Berlin die Versammlung mit Dankesworten für Köln.

Wirtschaft

Gegen die hohen Rohstoffzölle.

In der Industrie machen sich starke Anzeichen dafür geltend, daß die großen Gruppen der verarbeitenden Gewerbe-zweige keineswegs gewillt sind, die Zölle auf Roh- und Halbstoffe auf sich zu nehmen, die ihnen in der neuen Zollvorlage zugebracht sind und die eine Verteuerung der Fertigfabrikation bis zur Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt herbeiführen müßten. So wendet sich mit großer Entschiedenheit der Reichsbund der deutschen Metallwarenindustrie gegen die Eisen- und Blechzölle in einer Kundgebung, die besonders wegen ihrer Begründung weitestgehende Beachtung verdient.

Die Reichsregierung hat trotz Verkündung der Abstandnahme von einer Erhöhung der Eisenzölle in der kleinen Zolltarifnovelle eine wesentliche Erhöhung der sogenannten Feinblechzölle, d. h. der Zölle für Eisenbleche von 0,5 Millimeter und darunter, vorgeschlagen. In Zukunft sollen die entzundert, sogenannten dekapierten Schwarzbleche statt 4,50 M. 6 M. und die verzinsten Eisenbleche (Weißbleche) statt 5,50 M. 8 M. pro Doppelzentner tragen, d. h. der jetzige Zollsatz wird um 33% bis 40 Proz. heraufgesetzt. Damit erhöht sich die Wertbelastung an Zoll für diese Halbfabrikate der deutschen Fertigindustrie, insbesondere für die deutschen Haus- und Küchengeräte, Emaillewaren, Lampen- und Laternen-, Blech- und Lackwarenindustrie, also für die Industrien, deren Erzeugnisse dem Massenkonsum dienen, von 10 bis 15 Proz. auf 14 bis 20 Proz. Die Begründung der Regierungsvorlage rechtfertigt diese Zollerhöhung einerseits damit, daß die im Kriege ausgebaute Industrie auf diesen Schutz angewiesen sei, weil der deutschen Arbeiterschaft die nur durch langjährige Übung zu erwerbende Erfahrung noch fehle und weil der infolge dessen im größeren Umlange entstehende Ausschub die Herstellungskosten erhöhe, und andererseits damit, daß die Zollherabsetzung mit Rücksicht auf die weiterverarbeitende Industrie unweilentlich über den bestehenden Schutzniveau und nur einen gewissen Ausgleich für den Bearbeitungsgrad darstelle. Die Regierungsvorlage erkennt daher zwar den Blechwalzwerken einen Erleichterungszoll zu, glaubt aber, daß die deutsche Fertigindustrie in der Lage sei, die Kosten für diese Umstellung der Walzwerke ohne weiteres auf sich nehmen zu können.

Diese Begründung zeugt von einer völligen Verkennung der Wirtschaftslage der Feinbleche verarbeitenden der Fertigindustrie und der Wirkung der geplanten Zollerhöhung. Denn die oben genannten Industrien sind stets ausgeglichene Exportindustrien gewesen, die ihre Produktion nur zum kleinsten Teile auf dem Inlandsmarkt unterbringen konnten. Die hohen Materialpreise haben aber bereits bei der jetzigen Zollbelastung die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt immer mehr zugunsten von England, der Tschechoslowakei, Frankreich und Belgien abgedrängt, und die wenigen Exportströme aus Ländern ohne eigene Produktion konnten nur bei äußerster Raffination noch gerade hereingekommen werden. Wenn daher die Selbstkosten dieser Industrie weiterhin noch um 2 bis 5 Proz. je nach dem Grade der Verarbeitung durch die Zollherabsetzung vermehrt werden, hört jede Konkurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkt auf. Andererseits haben die Feinblechwalzwerke lange genug Zeit gehabt, ihren Produktionsapparat auszubauen. Dennoch haben die Walzwerke es bisher noch nicht fertiggebracht, nach Menge, Qualität und Preisstellung die deutsche Fertigindustrie vom Bezugs ausländischer Feinbleche, besonders Weißbleche, unabhängig zu machen und die deutsche Fertigindustrie hat zwecks Aufrechterhaltung des Auslandsverkehrs fortgesetzt den Zollveredelungsverkehr mit seinen Unbequemlichkeiten in Anspruch nehmen müssen. Wenn daher jetzt die geplante Zollerhöhung zum Gesetz erhoben wird, so bedeutet das nichts anderes als eine völlige Verdrängung eines großen Teiles der deutschen Fertigindustrie vom Auslandsgeschäft und eine empfindliche Steigerung der Inlandspreise für den Massenverbrauch. Damit wird aber gerade das Gegenteil von dem erreicht, was die Zollherabsetzung bezweckt: die Nachfrage nach Feinblechen geht erheblich zurück und die Walzwerkeindustrie hat ebenfalls keine Entwicklungsmöglichkeit, es sei denn, daß sie ihr Material zum Weltmarktpreise exportiert und damit zeigt, daß sie des erhöhten Zollschutzes gar nicht bedarf.

Der Reichsbund der deutschen Metallwarenindustrie sieht also in der geplanten Zollerhöhung eine große Gefahr für die Entwicklung der Fertigindustrie und der Walzwerke und kann nicht dringend genug vor dieser Maßnahme warnen.

Ebenso hat die Handelskammer Karlsruhe gegen die Eisenzölle protestiert, und zwar im Interesse der südwestdeutschen Maschinenindustrie, die ihren Eisenbedarf infolge der hohen Frachtkosten günstiger vom Ausland als vom Ruhrgebiet her bezieht.

Seit sechzig Jahren
wohne ich in Deutschland und
bin überall beliebt und bekannt.

Ich heiße
MAIZENA

bin eine Tochter des Maiskorns und jede
Hausfrau weiß mich zu schätzen. In der
Küche bin ich unentbehrlich und wer mich
noch nicht genau kennt, schreibe um ein
Kochbüchlein an die
Deutsche Maizena Gesellschaft A.-G.
HAMBURG 15.

3 Tropfen **Kaoli**

Metall-Oel-Politur
besser als Putzwasser

Kleide Dich billig, elegant!
im **Leihhaus Brunnenstraße 5**
am Rosenthaler Tor. (Nicht fehlgehen, Hausnummer achten!)

Monatsanzüge · Paletots · Mäntel · Fracks · Smokings · Cutaways
zum Teil auf Seide, von feinsten Herrschaften und Kavallern nur kurze Zeit getragen, in jeder Preislage.
aus feinsten Stoffen, in erstklassiger Verarbeitung, jeder
Maßarbeit gleich, für stämmige und schlankste Personen passend.
Eigene Fabrikation, daher Aufsehen erregend billig!

Genau dieselben Argumente aber, die gegen eine Verteuerung der Produktion durch Rohstoffdifferenz sprechen, gelten unverändert auch für die künstliche Produktionsverteuerung durch Lebensmitteldifferenz. Diese zwingen die Arbeiterschaft, durch Lohnerhöhungen einen Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu suchen und treiben so das Lohnniveau in die Höhe, ohne daß dadurch eine entsprechende Stärkung des inneren Marktes erreicht werden würde. Die Verteuerung der Lebensmittel bringt ja nur zum allergeringsten Teil eine Steigerung der Kaufkraft der Landwirtschaft. Sie führt vielmehr zu erhöhter Kapitalbildung und allenfalls zu einer gesteigerten Nachfrage nach sogenannten Kapitalgütern, besonders Maschinen und ähnlichen Waren, nicht aber zu der stärkeren Vermehrung des Massenkonsums an Bedarfswaren, die die deutsche Industrie zur vollen Ausnutzung ihrer Produktionsmittel und damit zur Stärkung ihrer Konkurrenzfähigkeit braucht. Gleichzeitig wird aber der Export erschwert, da die erhöhten Löhne selbstverständlich zu einer Steigerung der Produktionskosten führen, dem keine Zunahme des Absatzes gegenübersteht. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die verarbeitenden Industrien und ihre Vertretungen gegen die Gefahr, die ihnen von dieser Seite droht, nicht entschieden genug Stellung nehmen.

Landgewinnung in Preußen.

Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat zwecks gutachtlicher Aeußerung einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänenbesitzungen und anderen domänenstaatlichen Grundstücken überfandt. Dem Staatsministerium soll zur Ausführung der genannten Bodenverbesserungen ein Betrag von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt werden.

Durch einen weiteren Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren in den Provinzen Hannover und Schleswig soll dem Staatsministerium ein weiterer Betrag von 1,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Staatsbergbau und Kohlenkrise.

Die schlechte Wirtschaftslage für die reinen Zechen hat auch auf die Bergwerksunternehmungen des preussischen Fiskus starke Rückwirkungen gehabt. Die Bergwerksgesellschaft Hibernia, auf die etwa die Hälfte der Beteiligung des preussischen Staates am Kohlenprodukt entfällt, und deren Aktien bis auf einen ganz geringen Bruchteil in Staatsbesitz sind, schließt das Geschäftsjahr 1924 mit einem geringfügigen Reingewinn, der vortragen wird. Angesichts der Senkung des Weltkohlenpreises, die leider, weil sie mit den Fortschritten der Wärmetechnik und der zunehmenden Delfeuerung zusammenhängt, dauernder Natur sein wird, erscheint es fraglich, ob die Hibernia-Aktien statt 10:8 nicht stärker hätten zusammengelegt werden dürfen. Die allgemeine Kapitalnot, die staatlichen Bergwerke ebenso schwer trifft wie die privaten Zechen, wäre ebenfalls ein Grund für stärkere innere Referenzbildung durch stärkere Zusammenlegung gewesen. Ueber den Geschäftsumfang der Hibernia im Jahre 1924 geben folgende Zahlen Auskunft, denen wir die Vergleichsziffern für 1913 hinzugefügt haben, da bei den reinen Zechen überhaupt und dem kaum erweiterten Anlagen der Hibernia im besonderen der Vergleich der beiden Jahre ein annähernd richtiges Bild von der heutigen Geschäftslage geben dürfte:

	1924	1913	1924	1913
Kohlenförderung	4,8 Mill. Tonnen	8,2 Mill. Tonnen	weniger 25	Proz.
Produktion	4,8	5,7	-	25
Kapitalbindung	0,528	0,814	-	31
Stromerzeugung	0,084	0,049	-	30
Stromverbrauch	4,17	17,77	-	79
Stromerzeugung	26,5 Mill. Kilowatt	30,8 Mill. Kilowatt	-	87
Stromverbrauch	46,1	46,8	-	13
Stromabgabe	6,9	14,2	weniger 52	Proz.
Gesamtverdienst	16 771	19 423	-	14

Die Ziffern zeigen einen allgemeinen Rückgang um 20 bis 30 Proz. Der besonders starke Rückgang der Ziegeherstellung um 76 Proz. ist bei der ungünstigen Marktlage für Baustoffe nicht verwunderlich. Dieser Rückgang der Gesamtproduktion dürfte sich aus der allgemeinen Lage der reinen Zechen ohne weiteres erklären. Weniger verständlich ist das ungünstige Bild der Stromerzeugung, des Selbstverbrauchs und der Stromabgabe. Leider hat die Verwaltung dazu keine Erklärungen gegeben. Während nämlich dem Produktionsrückgang um durchschnittlich 25 Proz. ein Rückgang der Belegschaft um immerhin 14 Proz. entspricht, ist die im allgemeinen doch von der Konjunktur begünstigte Stromerzeugung um 3,7 Proz. gesunken; der Stromselbstverbrauch aber um 13 Proz. gestiegen, während die Stromlieferung an Dritte um 52 Proz. niedriger ist. Diese Tatsache läßt hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung auch dann einige Zweifel entstehen, wenn man die durchschnittliche Elektrifizierung des Betriebes berücksichtigt. Auffällig ist auch der Produktionsrückgang der Nebenenergieerzeugnisse. Da im Ausbau der Kohlenverwertung für die reinen Zechen eine der wenigen Möglichkeiten liegt, die ungünstige Konjunktur ohne Verluste zu bestehen, wird die Verwaltung in der Zukunft diesem wichtigen Betriebszweig ihre ganz besondere Aufmerksamkeit schenken müssen.

Der Rohgewinn der Hibernia-M.G. beträgt 3,9 Millionen Mark. Davon fallen auf die niedrig bemessenen Abschreibungen 3,3 Millionen Mark. Der Rest kommt zunächst mit 4/5 Proz. Gewinnanteil auf die 8 (von 56) Millionen Vorzugsaktien, 295 000 Mark werden als Gewinnvortrag in das Geschäftsjahr 1925 übernommen.

Die Erziehung zur Einheitsware.

Der Deutsche Normenausschuß hatte die Presse eingeladen, um sie für seine Arbeiten und die dadurch bedingten wirtschaftlichen Erfolge zu interessieren. Dr.-Ing. e. h. Hellmich sprach über Methoden zur Vereinfachung der Produktion und der Gebrauchsgüter. Er deutete die mühevollen Arbeit an, die der Normenausschuß der deutschen Industrie seit langem geleistet habe. Er wandte sich sehr energisch dagegen, daß immer wieder die Behauptung auftauche, daß durch die Normung der Individualismus zerstört und der technische Fortschritt gehemmt werde. Er wies dann im einzelnen darauf hin, wie durch Vereinfachung und durch Vereinfachung auf allen Gebieten, insbesondere auch die täglichen Gebrauchsgegenstände vereinfacht werden könnten. Aber nicht nur der Erzeuger, sondern auch der Verbraucher habe Pflichten gegenüber der Wirtschaftlichkeit der Gütererzeugung. Unter keinen Umständen dürfe gedankenlos gekauft werden, was gerade eine augenblickliche Laune einbeugt. Der Käufer müsse es lernen, sich in seinen Sonderwünschen zu bescheiden. Zum mindesten für die gleichgültigen Gegenstände des täglichen Bedarfs müsse es als selbstverständlich erscheinen, daß hier Einheitsware gefordert und geliefert werde.

Diese Ausführungen, die schon häufig im „Vorwärts“ Gegenstand eingehender Betrachtungen waren, sind etwas vom Standpunkt des Sozialisten aus durchaus selbstverständlich. Gerade wir können den Bestrebungen des Normenausschusses durchaus freundlich gegenüberstehen. Wir müssen unsererseits jedoch fordern, daß die Normung nicht nur den Werken, sondern auch den Verbrauchern zugute komme. Die Einsicht, daß Einheitsware

notwendig und vorteilhaft ist, wird in dem Maße wachsen, als es der Industrie gelingt, solche Einheitsware von hervorragender Güte zu wirklich billigen Preisen auf den Markt zu werfen. Dadurch wird der Massenbedarf gesteigert und der Beschäftigungsgrad der Industrie wachsen. Es ist übrigens interessant, daß in der Industrie wiederum, und insbesondere bei den großen Konzernen sich normungsfeindliche Bestrebungen zeigen, jener Normungsimpulsismus, der den Käufer in die Abhängigkeit eines betreffenden Wertes zwingen will. Es ist geradezu unglücklich, wie kurzfristig sich hier diejenigen zeigen, die bei passender oder unpassender Gelegenheit nicht stark genug beizugehen können, daß sie die geborenen Führer des Volkes seien, die die „nationalen Belange“ vertreten. Solche Hemmungen treten jeder neuen Idee entgegen. Der Normung wohnt eine natürliche Kraft inne, der sich auch diese kurzfristigen Egoisten der Industrie nicht entziehen können.

Gründung der Deutschen Werke Kiel u. G.

Gestern wurden die Deutschen Werke Kiel u. G. mit einem Aktienkapital von 11 Millionen Reichsmark gegründet. Die gesamten Aktien befinden sich im Besitz des Deutschen Reiches. Unter der vorstehend genannten Firma werden vereinigt: die beiden Zweigniederlassungen der Deutschen Werke u. G., Werk Kiel und Werk Friedrichsort. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: Staatssekretär Fischer als Vorsitzender, Generaldirektor von der Porten als stellvertretender Vorsitzender, Geheimrat Dr. Kaufmann Immentkamp, Geheimrat Dr. Penzmann, Ministerialrat Dr. Peudert, Ministerialdirektor Dr. Posse, Geheimrat Dr. Quack, Fabrikdirektor Roth, Geheimrat Schreiber und Minister a. D. Wissell. In den Vorstand wurden bestimmt Herr Diplomingenieur Hansen als Vorsitzender, Herr Serno und Herr Loussaint.

Steigende Großhandelspreise.

Die auf den Stichtag des 27. Mai berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 20. Mai (1924) um 0,6 Proz. auf 133,4 gestiegen. Höher lagen die Preise für Weizen, Hafer, Kartoffeln, Schmalz, Zucker, Fleisch, Milch, Baumwolle, einige Textilrohstoffe und Nichteisenmetalle. Gefunken sind die Preise für Roggen, Butter, Heringe, Hopfen, Ober- und Unterleder, Hanf, einige Nichteisenmetalle und Gasöl. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 131,0 auf 132,4 oder 1,1 Proz. angezogen, während die Industriestoffe von 135,6 auf 135,8 oder um 0,2 Proz. nachgegeben haben.

Die Ausübung der freien Aktionäre. Es ist gewiß nicht Sache der Arbeiterschaft, maßlos für die Interessen der Aktionäre sich einzusetzen. Denn jeder Aktionär ist, weil ihm eine möglichst hohe Dividende immer lieber ist als hohe Löhne für die, die sie schaffen, zunächst ein interessierter Gegner der Belegschaft seiner Werke. Je mehr aber die Aktie zur Wertanlage für Arbeitersparnisse wird, und das ist seit der Inflation sehr weitgehend der Fall, desto mehr wird die „Demokratie des Aktienwesens“ und der Schutz der freien Aktionäre gegenüber den Großaktionären eine öffentliche Angelegenheit, die auch die Arbeiterschaft angeht. Die Inflationswirtschaft hat nun sehr weitgehende Benachteiligungen und geradezu Ausraubungen der freien Aktionäre gebracht. Von den massenhaft in die Goldbilanzen herübergenommenen Vorzugsaktien mit vielfachem Stimmrecht, den Vorrats- und Bewertungssaktien, die in aller Regel von den Verwaltungen der u. G. in Uebereinstimmung mit den Großaktionären gegen das Mitbestimmungsrecht der freien Aktionäre ausgepielt werden, hat kürzlich der ehemalige Staatssekretär Dr. Hirsch brutal aber richtig gefordert, daß man sie durch ein Staatsgesetz kurzweg verbieten solle. Da die Aktionäre grundsätzlich zu gleichen Teilen, nicht in aristokratischer Bevorzugung der Großaktionäre über die Verwaltung des Betriebsvermögens zu bestimmen haben, steht in der Forderung Hirschs ein sehr berechtigter Kern. Gegen die bereits durchgeführten Ausplünderungen der freien Aktionäre ist kein Kraut gemachsen, denn die Großaktionäre haben den Gewinn längst in Form vollberechtigter Aktien in der Tasche. Ueber einen besonders trassen Fall systematischer Ausplünderung der freien Aktionäre, der aber durchaus charakteristisch für die Inflationszeit ist, berichtet das „Berliner Tageblatt“: Von den 1 Mill. Aktien der Sinalco u. G. befanden sich 1918 etwa 60 Proz. in Großaktionärs- und 40 Proz. in Kleinaktionärs Händen. Während der Inflation wurde das Kapital allmählich auf 24 Mill. erhöht. Von der Kapitalerhöhung von 23 Mill. fielen 8,8 Mill. auf „Schutzaktien zur Abwendung der Ueberfremdungsgefahr“, auf andere Vorzugsaktien und auf Bewertungsaktien für „Beifreunde“, die sich später als Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates entpuppten. Für diese 8,8 Mill. Aktien wurde nahezu nichts gezahlt. Im Dezember 1923 aber wurden sie in vollberechtigte Stammaktien umgewandelt, so daß die Großaktionäre für ein Butterbrot mehr als ein Drittel des Betriebsvermögens einfach geschenkt erhielten. Damit nicht genug. Die Sinalco u. G. exportiert ihre „Sinalco-Seele“, den Extrakt des Getränkes ins Ausland, 90 Proz. ihrer Einnahmen flossen in hochwertigen Devisen. Diese Devisen verwendeten die Großaktionäre für sich, um ihre Papiere sicher anzulegen. Die Ueberschüsse der Gesellschaft aber wurden zum Erwerb von Beteiligungen verwendet, die, weil sie reine Finanzspekulationen waren, Verluste gebracht haben, die wieder aus dem Reingewinn bestritten werden mußten, der den Kleinaktionären zukommen sollte. Wenn diese Mitteilungen des „Berliner Tageblatt“ richtig sind, so liegt hier ein Musterbeispiel systematischer und raffinierter Ueberverteilung und Ausplünderung der Kleinaktionäre vor, das aber keineswegs alleinsteht. Im Gegenteil, die ungeheure Steigerung der Macht der Großaktionäre durch die Inflationswirtschaft ist wesentlich auf das Konto solcher Verwaltungsmethoden zu legen, die der Demokratie des Aktienwesens nicht nur ins Gesicht schlagen, sondern auch volkswirtschaftliche Interessen aufs schwerste schädigen. Nach nichts wird heute so sehr, sehr gefürchtet, als daß gespart werden soll, um die Ersparnisse als Betriebskapital der Industrie zuzuführen. Nichts ist aber so geeignet, die Sparer von der industriellen Anlage ihrer Ersparnisse abzuwenden wie solche Verwaltungsmethoden der Großaktionäre. Es dürfte daher allen Ernstes zu erwägen sein, ob bei der heutigen Uebermacht der Aktienpaktbesitzer, die die Kleinaktionäre fast überall einflusslos macht, dem Vorschlag des Staatssekretärs Hirsch nicht mitgehend zu folgen ist, die Vorrats-, Schutz-, Bewertungs- und Stimmrechtsaktien zu verbieten.

Glennlegetel u. G. vorm. Kessling u. Thomas, Berlin. Obwohl die Goldbilanz die Grundstücks- und Betriebswerte sehr niedrig bemessen und das Goldkapital auf dem Vorkriegsstand belassen hatte, bleibt der Gesellschaft im Jahre 1924 kein nennenswerter Gewinn. Sie führt das selbst auf den teilweise schlechten Geschäftsgang und auf die „ungeheure steuerliche Belastung“ zurück. Wenn diese auch hoch war, so ist doch nicht zu übersehen, daß die reinen Betriebskosten ebenfalls unerbötlichmäßig gegenüber 1913 erhöht sind. Außerdem brachte das lange Ziel, das gewählt werden mußte, nicht nur Zinsverluste, sondern nötigte auch zur Herannahme einer Hypothek von 700 000 M. Die Senkung der Steuern, die inzwischen schon erfolgt ist (leider nur für die Industrie und nicht für die Belegschaften), wird also das Blatt allein nicht wenden können.

Zweimonatsabstimmung der Spartassen. Wie der Antifische Preussische Pressedienst einem Rundschreiben des preussischen Ministers des Innern entnimmt, haben Spartassen an Stelle der bisher vorgeschriebenen Vierteljahresabstimmungen über den Stand des Geschäftsganges fortan, zum erstmaligen Ende Juni d. J., Zweimonatsabstimmungen nach dem Stande vom 28. Februar, 30. April, 30. Juni usw. anzustellen und beschleunigt in zweifacher Aufsichtung ihrer Aufsichtsböden und gleichzeitig eine Abschrift davon dem zuständigen Spartassenvorstande einzureichen.

Das neu eröffnete
Kredithaus
"Felix"
Veteranenstraße 2
(1. Etage), Ecke Brunnens-
straße, vis-à-vis Jandorf
empfehlen

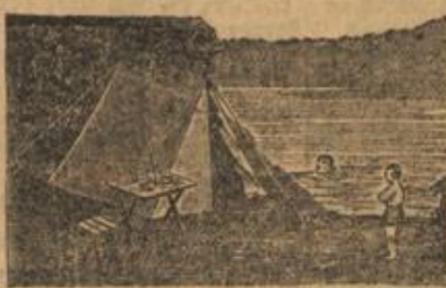
Beamt
ohne Anzahlung

bei geringer
Anzahlung
und selbst zu
bestimmender
Abzahlung:

Herren-Anzüge
Herren-Paletots
Gummi-Mäntel
Knaben-Anzüge
Burschen-Anzüge
Damen-Kostüme
Damen-Mäntel
Komplets
Kasacks
Röcke
Kleider
Bett- u. Leibwäsche

Beamt
ohne Anzahlung

SPORTZELLE



mit Einrichtungen aller Art für
Rudern, Segeln, Jagen und
Touristen.

Ferner
zweiteilige
Wanderteile
sehr leicht.
Zeltbahnen neu
angefertigt und
ausgezeichnet
sehr billig.

Zahlungen in 12 Raten
kann nach billig gemacht.

Rob. Reichelt Zeltfabrik Aktiengesellschaft
Berlin, Stralauer Str. 52/38. Fernspr.: Merkur 4500, 4501, 4502.

Für 5 Mark
monatliche Miete erhalten Sie
einen kompletten Radioapparat
mit Kopfhörern und Antenne.

Fachmännische Anbringung der Anlage ist in
dem Mietpreis eingegriffen.

(Original-Telefunken-Patente reichspostamtlich genehmigt)

Nach Zahlung von 12 Monatsmieten geht die gesamte
Anlage in Ihren **alleinigen Besitz** über.

Besuchen Sie unverbindlich unsere Vorführ-
räume oder verlangen Sie kostenlos
Vertreterbesuch.

Deutsche Funktelefon-Vermietungs-Gesellschaft m. b. H.
Berlin S. 42, Ritterstraße 11
Moritzplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993.

**Auf Teilzahlung
Garderobe**

In guten Qualitäten zu niedrigsten Preisen
Bei kleinster Anzahlung
und leichtester wöchentlicher oder monatlicher Teilzahlung

HERREN: DAMEN:

Anzüge
Smokings
Fracks
Paletots
Ulster
Gestr. Nosen
Regenmäntel

Mäntel
Kostüme
Kleider
Röcke
Kasaks
Jumper
Strickwesten

Mein seit 25 Jahren durchgeführtes Prinzip ist,
den Kunden stets wirklich gute Waren zu niedrigen
Preisen u. günstigen Zahlungsbedingungen zu liefern.

BEISER

Norden: Lothringer Straße 67
Osten: Frankfurter Allee 336

Das Getränk meines Bruders Elias.

Aus dem Jüdischen des Schalom-Melchem.
(Autorisierte Uebersetzung.)

I.

„Für einen Rubel hundert Rubel!
Hundert Rubel und mehr kann jeder monatlich verdienen, der den Inhalt meines Buches kennenlernt. Preis des Buches ein Rubel franko. Beeilt euch! Bestellt! Verpaßt den Augenblick nicht, er kommt nie wieder!“

Diese Anzeige hat mein Bruder Elias in einer jüdischen Zeitung gelesen, nachdem er infolge des Bankrotts seines Schwiegervaters zu uns übersiedelt und sich „selbständig“ machte. Elias hat sofort einen Rubel — seinen letzten Rubel — an die angegebene Adresse geschickt und erklärte meiner Mutter:

„Gott sei Dank, nun sind wir gerettet! Nun sind wir vollständig gesichert!“ Und er zeigte nach seinem Hause, um das Maß der Sicherheit zu bezeichnen.

„Was ist?“ fragt meine Mutter. „Hast du etwa eine Stelle gefunden?“

„Besser als eine Stelle!“ antwortet Elias, und seine Augen glänzen vor Freude. „Man muß nur ein paar Tage warten, bis das Buch kommt.“

„Welches Buch?“

„Ein wunderbares Buch!“ erwidert Elias. Er fragt Mama, ob sie mit hundert Rubel monatlich zufrieden sein würde. Mama lacht und sagt, sie wäre mit hundert Rubel im Jahr zufrieden.

„Du bist viel zu anspruchlos!“ erklärt Elias.

Er geht jetzt täglich auf die Post, um sich nach dem Eintreffen des Buches zu erkundigen. Es ist schon mehr als eine Woche her, seit er das Geld geschickt hat, und das Buch ist immer noch nicht angekommen. Mittlerweile haben wir nichts zum Leben. Und „die eigene Seele spuckt man nicht aus“, sagt oft Mama.

II.

Endlich! Das Buch ist eingetroffen. Man packt es aus, und mein Bruder Elias vertieft sich in sein Studium. Was da nicht alles drin steht! Bisherige Mittel, Geld zu verdienen, wieweil Rezepte!

Ein Rezept — hundert Rubel monatlicher Verdienst — zur Fabrikation von bester Tinte; ein zweites Rezept — hundert Rubel monatlich — zur Fabrikation von Wische; ein anderes Rezept — hundert Rubel monatlich — die Herstellung eines Mittels zur Vertilgung von Katten, Mäusen und Schwaben; ein weiteres Rezept — hundert Rubel und mehr monatlich — die Herstellung von Likören, süßen Schnäpsen, Limonade, Sodawasser, Kwach und so weiter.

Mein Bruder Elias hat dem zuletzt genannten Rezept den Vorrang gegeben: es gibt die Möglichkeit, mehr als hundert Rubel im Monat zu verdienen und außerdem braucht man sich nicht mit Tinte oder Wische zu beschäftigen oder sich mit Mäusen, Katten und ähnlichem widerlichen Geier abzugeben.

Es bleibt noch, das Getränk zu wählen. Zur Fabrikation von Likören und süßen Schnäpsen gehören kostliche Reichtümer, zur Herstellung von Sodawasser hat man eine Maschine nötig, einen Stein — also wiederum Geld, es bleibt also nichts anderes übrig als „Der Kwach“. Der Kwach ist ein billiges Getränk, und es wird sehr viel davon verkauft, besonders bei so 'ner Hitze wie in diesem Sommer. Voruch, der Kwachfabrikant, ist reich geworden. Er stellt zwar „Flaschenkwas“ her, der sich eines großen Ruhmes erfreut, er „schneht“ nämlich. Wie so dieser Kwach schneht, weiß ich nicht. Die einen sagen, Voruch lege Kaffeebohnen hinein, andere wieder, er benutze Hopfen. Wie es Sommer wird, hat Voruch den ganzen Tag die Hände voll zu tun, kaum findet er Zeit, das verdiente Geld abzuzählen.

Unser Kwach ist kein Flaschenkwas. Er schneht auch nicht. Wie mein Bruder ihn herstellt, weiß ich nicht, während der Fabrikation verschleht er sich in Mamas Zimmer; weder ich, noch Mama, noch Brocha, Elias Frau, dürfen hineinblicken; wir hören nur, wie er Wasser gießt. Ich weiß trotzdem, woraus Elias' Kwach besteht. Wenn ihr mir verspricht, das Geheimnis zu wahren, will ich es euch verraten. Zur Herstellung von Kwach gehören: erstens Zitronenschalen, dann Honigsäure, ferner eine Substanz, die den Namen „Aromoriar“ trägt und viel saurer als Essig ist, und schließlich Wasser. Wasser am meisten und hauptsächlichsten. Je mehr Wasser, desto mehr Kwach. Das alles wird mit einem Stock tüchtig gerührt — und der Kwach ist fertig. Es bleibt noch übrig, ihn in eine Kanne zu gießen und ein Stückchen Eis hinzuzutun. Ohne Eis taugt das ganze Getränk nichts.

III.

Als das erste Faß Kwach fertig war, wurde beschlossen, daß ich ihn verkaufen soll. Wer denn sonst? Für meinen Bruder paßt sich das nicht, er ist immerhin ein erwachsener, ja verheirateter Mann, der Mutter hätten wir ohnehin nicht erlaubt, mit der Kanne auf den Straßen herumzugehen und auszuruhen: „He, Juden, Kwach!“ Deshalb mußte ich schon gewählt werden. Ich hatte auch gar nichts dagegen.

Elias erklärt mir meine neue Arbeit. In der einen Hand soll ich die Kanne an einem Bindfaden, in der anderen das Glas halten, und zur Herbeiführung der Kunden soll ich singend rufen:

Juden, hier habt ihr den feinsten Kwach,
Eine Kopete nur jedes Glas,
Süß und erfrischend ist mein Kwach,
Eine Kopete kostet's Glas!

Mein Stimmchen ist klangvoll, ein reines Sopran. Ich gebe und singe, die Verse oft verwechselnd. Ich weiß nicht, ob mein Gesang oder der Kwach so gut ist — die erste Kanne war bald verkauft. Ich brachte fünfundsiebzig Kopeten nach Hause; das Geld gab ich meiner Mutter und bekam eine zweite, volle Kanne. Elias rechnete schnell aus, daß, wenn ich täglich zehn bis zwölf Kunden mache, das Geschäft einen Gewinn von hundert Rubeln monatlich abwerfen wird, die Sabbathe nicht gerechnet. Das ist leicht begreiflich — das Getränk selbst kostet fast nichts, die Hauptausgabe ist das Eis. Daher muß man den Kwach so schnell als möglich verkaufen, damit das Eis der einen Kanne auch für die zweite benutzt werden kann. Man muß sich also beeilen, und ich singe also schon laufend.

Mir noch läuft ein Haufen Jungen und nicken mich, ich mache mir aber nichts aus ihnen und gebe mir nur Mühe, meinen Kwach schneller zu verkaufen.

Ich erinnere mich nicht mehr, wiewiel ich am ersten Tage verdient habe, ich weiß nur, daß mich alle, Elias und Brocha und

Mama sehr lobten. Zum Abendbrot bekam ich aus diesem Anlaß ein Stück Melone, ein paar Pflaumen und Kwach soviel ich wollte. Mama ordnet mein Nachtlager auf dem Fußboden und fragt mich, ob mir die Füße weh tun. Elias lacht aber und sagt, daß ich von jener Kasse sei, an welcher keine Krankheit hängen bleibe.

„Wollt ihr,“ sage ich, „so gehe ich mit dem Kwach sogar nachts auf die Straße.“

Alle drei lachen über meinen Mut. Mamas Augen werden aber naß. Das ist schon ihr Prinzip: sie muß immer meinen. Ich möchte gerne wissen, ob alle Mütter so viel meinen wie meine Mutter. (Schluß folgt.)



„Wenn Sie so fortfahren, Stresemann, werden wir Ihnen mal gehörig auf die Beine treten!“

Barcelona.

Von Lola Landau.

Auf den ersten Blick zeigt diese Stadt das Gepräge einer internationalen Großstadt ohne spanische Färbung, mit breiten, forstartigen Geschäftsstraßen, Bankhäusern, prunkvollen Kaufhäusern, mit ihren Hotelpalästen, Rathhäusern, Automobilen und aufgerissenen Bauplänen für die neue Untergrundbahn. Zu jeder Stunde des Tages füllen rastlose Menschenwogen das steinerne Flußbett der Straße, der Rambla, mit unaufhörlichem Lärm, Leben und Geschäftigkeit. (Rambla, die mit hoher Platane bepflanzt, Prachtstraße, der Hauptstrom des Verkehrs, heißt aus dem Arabischen übertragen, Flußbett.)

Alle diese Menschen werden von dem übermächtigen Impuls der Arbeit vorwärts getrieben, die meisten gehen schnell, sie schlendern nicht, wie man es in einer süßlichen Stadt zu sehen gewohnt ist. Vor dem ewigen Traum des blauen Mittelmeeres erheben sich die lauten Stämme der Schiffsmasten, ragen die Schiffe der Fabriken, aus denen der Rauch, Weihrauch unseres Zeitalters, in die klare Luft steigt. Im Ende einer Allee von Palmen, die hier nicht tropische Leppigkeit, sondern in ihrem säulenhaften Wuchs ernste Feiertlichkeit ausstrahlen, erhebt sich unmittelbar vor dem Hafen auf freiem Platz die Säule des Columbus, dessen riesenhafte Hand über das Meer in das neue Land weist, wie ein Symbol Katalaniens.

Barcelona ist eine moderne Arbeiterstadt. Ihr amerikanischer Auftrieb im Geschäftsleben, ihre dahinstürmende Neuerungskraft, ihr geistiges Streben drängt immer mehr zu einer Autonomie des Landes, das sich von den rückständigen Mächten Spaniens bedroht sieht.

Am Morgen werden wir gewöhnlich durch das Geräusch der Pferdeschellen geweckt — die Pferde tragen hier Glocken an den Geschirren —, so bringen die zweibrüdrigen Karren, immer von diesem lustigen Glockenspiel begleitet, ihre Waren zum Markt, wo auf Tischen, sauber wie zum Anrichten, die Gemüse strohen, Oliven wie schwarze Perlen, junge Tomaten, Blumenkohl, groß wie Kinderköpfe, grüne Sträuße von Artischofen und Salat. Dürftig aber ist dieser Markt gegen die Pracht des Fischmarktes in der hohen feinen Halle. Da leuchten Riesenschalen mit purpurnem Fleisch. Aus lebenden Hügeln von Riesenschlangenfischen strecken sich schnappend und gierig die Scheren dieser Seeungeheuer in die Luft. Neben Körben, angefüllt mit rosa Aegoneen, liegen schleinig die tauchenschnellen Tintenfische, wie Blutstropfen glänzen die seltsamen Punkttaugen der Schollen auf den platten Fischleibern. Da sind ganze Fässer mit dem gleichenden Silber kleiner Fische strahlenförmig ausgelegt. Welchen Reichtum wirft täglich das Meer an diese Stadt aus!

Barcelona ist nicht nur auf dem Meere ein guter Fischer gewesen. In den letzten Jahrzehnten, begünstigt durch die Neutralität während des Weltkrieges, hat Barcelona in seinen Rehen den Reichtum eingefangen. Jedoch strömt ein Teil dieses Wohlstandes großzügig und sinnvoll in die Verschönerung der Stadt und in den Bau neuer wissenschaftlicher Institute und Erziehungsanstalten. Nur aus privaten Mitteln wurde das katalanische Institut mit seiner ausgezeichneten Bibliothek geschaffen, ebenso eine umfassende Erziehungsanstalt für Frauen gegründet, das mit seinen hellen Studienfächern, dem stimmungsvollen Leseraum, der blühenden Küche, den behaglichen Wohnzimmern einem amerikanischen College ähnlich ist. Nach sozialen Gesichtspunkten geleitet, nimmt diese Schule ohne jeden Unterschied des Standes auf, um die Steuer des Schulgeldes je nach dem Einkommen der Eltern abzumessen, so daß viele Mädchen umsonst die Wohltat dieser Erziehung genießen. 2000 Schülerinnen saß das prächtige Haus, ein summenber Blütenort von Jugend und Arbeitsfreude.

Und dennoch, in jedem Katalanier ist der Spanier verborgen, dessen stolze Würde, starre Tradition in Familien- und religiösem Leben und romanische Entzündlichkeit wir in der gleichen Blutmischung bei ihm wiederfinden. Da ist die gleiche sorglose Freude an schönen Blumen, für die er gerne sein Geld hinausstreut. Wäre denn sonst auf der Rambla von Barcelona ein besonderer Blumenmarkt, daß es unter den großen Sonnenschirmen der Verkäuferinnen wie bunte Gärten aufflammt, ein Wunder von roten, schneeweißen und glastrola Kamellen, von gelben Rosen, gestielten Tulpen und Anemonen, Schwertlilien und Belliden. Blumen des Frühlings und reifen Sommers durcheinander gemischt. Ein paar Schritte weiter lärmt der Vogelmarkt. In seinen Käfigen schreien Papageien und winzige Vögel in schillernden Farben, werfen das Gefieder ihrer Heimat, Südamerikas und der kanarischen Inseln, auf das steinerne Pflaster.

Blumen und Vögel! Vögel und Blumen! Jaudzende schreiende Farben, tropisches Vogelgeflügel mitten auf der Straße der Arbeit! Und dicht daneben wirbelt die Drehtür eines Bankpalastes ins den Raum nächster Zahlen. Das ist Barcelona! Und noch eine

Wendung, hinein in die alten engen Nebenstraßen, und wir sehen in altertümlicher Tracht, auf eine Ritterlager gestützt, den Nachtwächter vor einer Haustür. Auch das ist Barcelona. Ein Stück Mittelalter, das mitten im modernen Leben stehen geblieben ist, ebenso unerfüllbar wie die herrliche Kathedrale, deren mystisches Dunkel uns nun aussaugt. Raum unterscheiden wir die mächtigen Pfeiler dieser düsteren Gotik. Das klare Sonnenlicht, in den schmalen Straßenfenstern glitzernd, zerschmilzt hier in großen violetten Schatten. Frauen, die schwarzen Spinnweben auf den Köpfen, in den verunkeltem Gebet. Ruft, aus einer fernen Wölbung tropfend, löst Körper und Stein und hüllt mit dem Weihrauch alle, die hier weilen, in die süße Dämmerung des Geistes. Hier ist noch die religiöse Inbrunst des Mittelalters, mitten in der modernsten Stadt, hier ist Spanien, das Katalanien überwuchert.

Die Sonne schmerzt fast, als wir hinaustreten; aber die blaue durchsichtige Luft hebt uns wie eine leichte Hand mit der Zahnradbahn in die Höhe und trägt uns auf die Spitze des Tibidabo, des strahlenden Hügel über der Stadt. Der Blick von dieser Erhebung ist ein Triumph der Schöpfung. Gegen das geschlossene Email des Himmels zittert in unagabarem englanblauen Glanz das Meer. Davor liegt breit und besonnt die Stadt Barcelona, aus der das mächtige Gefälle des Lebens zu uns hinaufdringt. An der anderen Seite des Plateaus aber steigen Gebirgsletten auf, wuchtet ein zerklüfteter Berg, der Montserrat, die sagenhafte Burg des heiligen Graf. Allmählich schmilzt wie in der Kathedrale das Tageslicht. Die Abenddämmerung mischt stille gelbe Farben mit dem Schwarzblau der Schatten über den Bergen. Dann wird Himmel und Erde still und ergraut; nur aus dem abendlichen Barcelona tönt unverändert das Getümmel der Stimmen, die großartige Ruft des starken heiteren Lebens, das diese Stadt in die Zukunft hineinträgt.

Populäre Musikbücherei.

Aus der Fülle des Materials sei hier an der Spitze Romains Hollands Essay-Sammlung „Musik von heute“ (Verlag S. Müller) genannt. Bieleicht sind Meister wie Wagner, Wolf, Strauß für viele schon Meister von gestern. Die Vorgänger könnten uns mit der Ansicht überraschen, daß es keine heutigen und Gestrigen unter den Genialen gibt. Da wir selbst davon durchdrungen sind, so verlocken wir uns in diese herrlich gestaltete, menschlich und künstlerisch begriffene Tonwelt eines europäischen Kritikers mit aller Inbrunst. Der Gewinn ist riesenhaft, besonders, wenn man das hohe Verständnis Hollands für deutsche Musik wertet. Viel Unbekanntes über Franzosen und Italiener, aber auch das Bekannte erhält einen solchen Auftrieb vom Eigenen, Charakterisierenden, ehrlich Wertendem, daß dieses Buch des Jahres 1908 in der deutschen Renaissancemodus Offenbarung wirkt. Endlich einmal wieder ein Werk, das nicht über Musik geschrieben ist, sondern das von Musik wiederlingt!

Eine wunderschöne Gabe für die Verehrer Mahlerischer Kunst ist die Sammlung seiner Briefe (Paul Jolnay Verlag). Alma Maria Mahler, die Gattin, hat dazu ein rührendes und seines Vorwort geschrieben, in dem der Reich Mahler uns nahe rückt. Die Briefe umfassen die Zeit von 1879—1911, sind an Künstler, an Freunde, an Schriftsteller gerichtet. Ein Stück Leben wird auch in ihnen lebendig, und es ist kaum ein Brief da, aus dem nicht etwas gelernt werden könnte, Musikalisches über Opernaufführungen, über Stillemente im symphonischen Schaffen, über programmatische Musik. Auch Witzbelästigungen, die im Leben großer Musiker, besonders wenn sie nach Wien kommen, typisch zu sein scheinen, finden einen gedämpften Niederschlag. Sehr schön klingt aus Briefen (etwa an Marschall) die mitfühlende Seele des Kollegen durch, die Art, wie Mahler verjagte, auch anderen Stellung zu verschaffen.

Siegfried Ochs hat (im Verlag von Hoffe) den ersten Band seines Werkes über den Chorgesang den zweiten, umfangreicheren folgen lassen. Während es sich im ersten um die Organisation eines Chorvereins handelt, spricht hier der Musikkenner, der Mann, der sich wie kein zweiter Lebender mit Eifer und Inbrunst jahrelang in die chorischen Werte Bachs, Beethovens, Handels vertieft. Was Ochs hier über Darstellungsstil, Besetzungsfragen, Orchester, Ausgaben, Studium der chorischen Werke zu sagen weiß, ist weiteste Erkenntnis und musikalisches Erlebnis. Ein Mann von fundamentalem Wissen und von temperamentvollstem Schwung spricht hier zu Menschen, die gewillt sind, zu lernen und anständig zu sein.

In vierter Auflage ist (im Verlag von Cuello und Meyer) die musikalische Bildungslehre von S. C. Schering erschienen. Es ist recht ein Buchlein für das Volk, und Schering versteht auch schwierige Fragen der musikalischen Form, der Phrasierung und der musikalischen Ausdrucksmittel sehr anschaulich zu schildern und zu beantworten. Die Analysen eines Bachschen, Mozartschen, Beethovenschen und Schumannschen Werkes sind meisterhaft gerade durch die Genauigkeit und Vermeidung allzu schwerer fachlicher Ausdrücke. Das Buchlein (das nur 1,00 M. kostet) ist vom pädagogischen Standpunkt genau so zu loben, wie vom Standpunkt der Musikästhetik und Wissenschaft. Es ist insofern, Balen zum musikalischen Hören anzuregen und auch dem Musikgebildeten einen Weg zu zeigen, auf dem man zu einer wissenschaftlichen Betrachtung der Musikphänomene und zu einem besetzten Empfinden der Musik gelangen kann.

Die Zeitschrift „Die Musik“ (Deutsche Verlagsanstalt), die wieder regelmäßig erscheint, dürfte für die außerhalb der Kunst stehenden Menschen, Fachleute und Musikliebhaber, als die beste der periodischen Musikzeitschriften gelten. Die Redaktion steht auf eine besonders stilvolle Feinarbeit, der Referentien beleuchtet in besonders kritischer Art das Wesentliche alles dessen, was in der Welt der Musik geschieht, was geschrieben und gespielt wird. Für die moderne Musik ist „Melos“ als journalistische Plattform wieder auferstanden. Unter Wersmanns kundiger Leitung orientiert man sich hier nicht bloß über die noch immer problematischen und schwer fassbaren Dinge der deutschen Musik, sondern es werden durch die Feder sehr berufener Ausdeuter und Erklärer auch alle Probleme der internationalen Musikbewegung systematisch und mit höchster Wissenschaftlichkeit besprochen.

Gelegentlich der Radioausstellung ist im Selbstverlag des Verfassers eine kleine Arbeit von Jörg Wager erschienen: „Eine neue Epoche der Musik durch Radio“, in der der unentgeltlich schaffende, in der Forderung über das Vierteltonssystem an der Spitze stehende Verfasser eine kurz gefasste Uebersicht über die Geschichte dieser Bewegung gibt. Gleichzeitig werden die künstlerischen Möglichkeiten des „von ihm erfundenen Tonendifferenzierungsinstrumentes „Sphäraphon“ erläutert. Aus dem Bereich der utopischen Gedanken scheint das lang befehlete Vierteltonssystem durch Jörg Wager in die Region der praktischen und künstlerischen Bewertung hinausgeführt zu werden. Viel Glück!

Kurt Singer.

Das tote Meer als Industriequelle. Kolonialbeamte der britischen Regierung sind mit der Regierung von Palästina in Verhandlungen eingetreten, die darauf abzielen, die Mineralische des toten Meeres, das ja in der Bibel auch gewöhnlich das Salzmeer genannt wird, der industriellen Ausnutzung zu erschließen. Das Wasser des Meeres ist ein ungeheures Lager von Magnesium, Kalium und anderen Salzen. Man schätzt, daß die Gewässer des toten Meeres nicht weniger als 20 Milliarden Tonnen verschiedenartiger Salze enthalten, darunter 1 1/2 Milliarden Tonnen Magnesium, eine Menge, die für Tausende von Jahren ausreichen würde, der Menschheit als Gurgelstoffs zu dienen.

